Nr. 464 ♦ 37. Jahrgang
Ausgabe A Nr. 95

Morgen-Ausgabe

30 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 30,— Mk., monatl. 10,— Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 10,— Mk., exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich 16,50 Mk., für das übrige Ausland bei täglich einmal. Zustellung 21,50 M. Postbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. — Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 3.— M., Teuerungszuschlag 50%. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 1,— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 60 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 60 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 2.— M., politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 3.— Mk. die Zeile ohne Aufschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 3, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Sonnabend, den 18. September 1920

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Attentat oder Unglück?

Die New Yorker Explosion.

Ob Unglück oder Verbrechen ist noch dunkel. Die folgenden Berichte aus verschiedenen Quellen geben darüber noch keine Gewißheit.

New York, 17. September. (Reuter.) Es steht nunmehr fest, daß das Explosionsunglück vor dem Bankhause Morgan durch eine Bombe verursacht worden ist, die von zwei Männern im Automobil geworfen wurde. Die Bombe war mit einem besonders starken Explosivstoff geladen. Unter den Getöteten befinden sich 17 Angestellte der Bank Morgan. Der Platz ist streng abgesperrt. Die Börse sollte Freitag wieder eröffnet werden.

New York, 17. September. (Hollandsch Nieuwsbureau.) Wahrscheinlich hat die Explosion bei den Erdarbeiten für die neue Börse stattgefunden. Die Reste der zerstörten Gebäude flogen bis fünf Straßen weit. Im ganzen Finanzviertel ist keine Scheibe heil geblieben. Sofort nach der Explosion strömte die von panischem Schrecken erfüllte Menge aus allen Bureaugebäuden, die bis in den Grundfesten erschüttert waren, auf die Straßen. Aus den Fenstern von Reuters Bureau in der Wallstreet konnte man eine Anzahl der Getöteten auf dem Pflaster in ihrem Blut liegen sehen. Sofort erschienen 100 Schutzleute, ebenso verschiedene Wagen der Feuerwehr, deren Klingeln und Tuten bei dem Versuch, sich einen Weg durch die Straßen zu bahnen, die allgemeine Aufregung noch erhöhte. Unter den Toten befinden sich drei schrecklich verstümmelte Frauenleichen. Vom Personal der Firma Morgan sind 19 Personen verletzt. Hunderte von Fußgängern wurden nach allen Richtungen auseinandergeworfen. Kriegsteilnehmer fühlten sich an die Schlachten in Frankreich erinnert. Morgans Haus ist am schwersten beschädigt, ebenso die Filiale des Staatsschatzamts gegenüber. Das Betriebsamt (?) in Washington gibt die Erklärung ab, es handle sich um eine Verschwörung. Dies wird aber nicht bestätigt. Andere Berichte sprechen aber ebenfalls von einer Verschwörung, die das Ziel haben sollte, die Teilhaber einer der Firmen, die unter Morgans Kontrolle stehen, die gerade bei einer Sitzung waren, zu töten. Es sind besondere Maßnahmen zum Schutze der Filiale des Schatzamts getroffen worden, da dort alle Fensterscheiben zertrümmert sind. 800 Mann Bundestruppen sind dort aufgestellt. Sie werden die Bewachung der in den Kellern des Schatzamts aufgestapelten Vorräte an Edelmetallen übernehmen.

London, 17. September. „Times" meldet aus New York: Die letzten Berichte deuten darauf hin, daß der Plan bestand, Morgans Bankhaus zu zerstören. Sachverständige, welche die umherliegenden Bruchstücke untersuchten, sind der Ansicht, daß der Kraftwagen mit Zeitzündern versehene Bomben enthielt, die mittags explodieren sollten. Die Explosion erfolgte genau 12 Uhr 1 Minute. Ein seltsamer Zufall wollte es, daß zu dieser Stunde gerade 9 Millionen Dollar in Gold weggeführt wurden. Ein Raub wurde jedoch nicht versucht. Die Teilhaber von Morgan, die in einem Zimmer im oberen Stock eine Besprechung abhielten, entgingen dem Anschlag, mit Ausnahme von Junius Spencer Morgan.

New York, 17. September. (TU.) Die Zahl der bei der Explosion identifizierten Toten betrug 24, die Zahl der nicht identifizierten Toten 5. In die Hospitäler sind 126 Verletzte eingeliefert. Viele von ihnen werden nicht am Leben bleiben. Der Schaden wird auf 3 Millionen Dollar geschätzt; es gingen außerdem infolge der Panik der Angestellten für 300 000 Dollar Obligationen verloren. Viele von den Opfern wurden durch kleine Eisenstücke verletzt, während andere durch Bittersäure entsetzliche Brandwunden erlitten. Augenzeugen behaupten, daß die Bombe auf einem Pferdegespann herbeigeschafft worden sei. Da sie mit Zeitzünder versehen war, explodierte sie, bevor sie noch an die vorgesehene Stelle gebracht war.

Vor dem Rigaer Kongreß.

Von polnischer Seite kommen einschränkende Erklärungen über den Umfang des Beratungsprogramms — was kein gutes Vorzeichen ist. Der Krieg begann doch mit dem polnischen Vormarsch nach Kiew — und da soll die ukrainische Frage ausgeschaltet werden, noch dazu, wo Polen mit Petljura zusammenging und der Kerenskische Kriegsminister Sawinkoff von Warschau Fäden zu Wrangel spinnt!

Aus Riga meldet der „Ost-Expreß":

Nach dem Eintreffen der polnischen Delegation in Riga hat ihr Führer Dombski die Erklärung abgegeben, daß die litauischen Probleme nicht in die Verhandlungen einbezogen werden sollen. Diese Tatsache würde bereits eine wesentliche Beeinträchtigung der Verhandlungsbasis darstellen, da die Sowjetregierung genötigt sein dürfte, ihren soeben mit Litauen abgeschlossenen Friedensvertrag, der bekanntlich den polnischen Wünschen widerspricht, den Polen gegenüber in Riga aufrecht zu erhalten. Joffe versichert, um den französischen Treibereien entgegenzutreten, daß die Sowjetregierung nicht beabsichtige, bei den Rigaer Verhandlungen eine gemeinsame Grenze mit Deutschland anzustreben.

Der Aktionsrat der britischen Arbeiterpartei veröffentlicht eine Erklärung über seine Beziehungen zu Kamenew. Darin heißt es, Lloyd George selbst habe den Rat aufgefordert, durch Kamenew auf die russische Regierung Einfluß auszuüben. Der Rat sei zu diesem Zwecke mehrfach an Kamenew herangetreten. Dieser habe niemals versucht, die Politik des Rates zu beeinflussen. Die einzige Politik, die überhaupt erörtert wurde, sei die der Sowjetregierung gewesen. Außerdem seien die Beziehungen zu Polen und die Friedensfrage im allgemeinen zur Sprache gekommen.

•

Nach einer TU.-Meldung hat sich in Riga bereits die Schwierigkeit ergeben, daß die polnische Delegation über keine ausreichende Verbindung mit Warschau verfügt. Die Leitung kann infolge des polnisch-litauischen Konfliktes nicht über Kowno geführt werden. Man will eine ständige Flugverbindung einrichten.

London, 16. September. (WTB.) Einem offiziösen Telegramm aus Riga zufolge befindet sich unter den Delegierten Rußlands als Sachverständiger der General Poliwanow, der nach dem Sturze des Generals Suchomlinow russischer Kriegsminister war.

Nach einem Moskauer Funkspruch nehmen die finnisch-russischen Verhandlungen einen guten Verlauf.

Warschau funkt, daß auch mit der litauischen Regierung in Riga verhandelt werden soll.

Der lettisch-russische Vertrag ist ratifiziert.

Die Heeresberichte melden keine wesentlichen Veränderungen.

Drohung nach Budapest.

Tschitscherin erklärt in einem an den ungarischen Ministerpräsidenten gerichteten Telegramm, daß die angeklagten Volkskommissare unter Rußlands Schutz ständen. Gegen 1000 ungarische Offiziere, die sich noch immer in Rußland befinden, würden nach einem Konzentrationslager geführt und das Schicksal der in Budapest Angeklagten teilen.

Das tschechische Wehrgesetz.

Eine am Donnerstag abgehaltene und massenhaft besuchte Versammlung der deutschböhmischen Sektion des Oesterreichisch-deutschen Volksbundes in Berlin gestaltete sich zu einer eindrucksvollen Kundgebung der hier lebenden Deutschböhmen. Nach dem Referate Dr. Mischlers über das tschechische Wohnungsgesetz kam in der Wechselrede der einmütige Wille der Versammelten zum Ausdrucke, den Einberufungen nicht eher Folge zu leisten, als die tschechische Regierung ihre deutschenfeindliche Politik ändert, das Milizsystem einführt und dem deutschen Gebiet Autonomie erteilt.

Billigere Butter?

London, 17. September. (WTB.) „Times" meldet: Die britische Regierung hat mit der belgischen und der deutschen Regierung beim Ankauf dänischer Butter zusammengewirkt, um den Preis für die Verbraucher in jedem Lande so niedrig wie möglich zu halten.

Schwedens Reichstagswahl.

Stockholm, 17. September. (W.T.B.) Von den 230 Mandaten in der zweiten Kammer sind bisher 130 besetzt. Die Konservativen haben 39 Mandate erhalten, 12 gewonnen und 2 verloren. Die beiden Bauernorganisationen haben zusammen 14 Mandate erhalten und 6 gewonnen. Die Liberalen haben 26 Mandate erhalten, 4 gewonnen und 13 verloren. Die **Sozialdemokraten,** die 51 Mandate besetzt haben, haben 3 **gewonnen** und **9 verloren.** Die Linkssozialisten (III. Internationale) haben kein Mandat erhalten und ihre 2 verloren.

Die noch ausstehenden Ergebnisse von Stockholm und Gotenburg dürfen für unsere Genossen günstig sein.

Die Heimkehrerfrage.

Kowno, 17. September. In Kalwarja begannen Verhandlungen zwischen Litauen und Polen über die Festsetzung der vorläufigen Demarkationslinie zwischen beiden Staaten.

Kowno, 17. September. (Litauische Telegraphen-Agentur.) Hier findet eine **internationale Konferenz zur Heimschaffung der Kriegsgefangenen** statt. Den Vorsitz führt Professor Nansen. Aus Deutschland sind sieben Delegierte eingetroffen mit dem Reichskommissar Stücklen an der Spitze. Rußland hat drei Delegierte entsandt. Die **Verhandlungen gehen erfolgreich vorwärts.** Man hofft, daß die **letzten** (?) deutschen und österreichischen Kriegsgefangenen in **kurzer Zeit** aus Rußland zurückgeschafft werden können. Als Transportwege kommen Lettland und Litauen in Betracht, obwohl der Durchtransport russischer Kriegsgefangener nach Rußland durch den polnischen Korridor wahrscheinlich in Warschau auf **Widerstand** (!) stoßen wird.

Endlich Wahrheit. Ein neues ärztliches Gutachten, das Millerand eingeholt hat, bezeichnet Deschanel als unheilbar gehirnschwach.

Reichszertrümmerung.

In Bayern organisiert sich die monarchistische Reichszertrümmerung unter dem Protektorat der französischen Republik. Die von der „Bayerischen Staatszeitung" der „Humanité" entnommene und amtlich durch ganz Bayern verbreitete Meldung, die französische Regierung habe gegen den Fortbestand der bayerischen Einwohnerwehren nichts einzuwenden, wirft ein helles Licht in die dunklen Treibereien, über deren Gefährlichkeit sich niemand täuschen soll. Auf der Konferenz von Spa hat die Entente, wie schon zuvor in einer geharnischten Note, die Auflösung der Einwohnerwehr in ganz Deutschland gefordert und Deutschland hat sie zugesagt. Kann aus diesem Ganzen, das zwischen Deutschland und der Entente abgeschlossen wurde, durch ein bayerisch-französisches Separatabkommen ein Stück herausgenommen werden? Ein solches Separatabkommen, mit dem sich die bayerische Regierung amtlich brüstet, wäre schon ein Zeichen dafür, daß sich Bayern unter seinem gegenwärtigen Regime nicht mehr ganz als Teil des Reiches fühlt, und zugleich wäre es eine Bestätigung der so oft ausgesprochenen Befürchtung, daß die französische Politik folgerichtig auf die Zertrümmerung der Reichseinheit hinzielt.

Die besondere Gnade, die der französische Sieger dem bayerischen Reichsteil angedeihen lassen will, kommt einer Organisation zugute, über deren reaktionäre Tendenzen kein Zweifel besteht. Offiziell hat das republikanische Frankreich und die ganze Entente den Uebergang Deutschlands zu freiheitlichen Regierungsformen als eine Bürgschaft des Weltfriedens begrüßt; hintenherum fördert das militaristische und nationalistische Frankreich die Wiederaufrichtung der Monarchie, denn es schert sich den Teufel um die Erhaltung des Weltfriedens, die Vermehrung der inneren Unruhe, die dauernde Lähmung und Zerstückelung des deutschen Volkes ist sein Ziel. Dazu müssen ihm die Monarchisten in München ebenso dienen, wie die Kommunisten in Berlin, denn je toller das Durcheinander ist, desto lieber ist es ihm.

Dieses militaristische und nationalistische Frankreich fürchtet auch den Bolschewismus viel weniger als ein wieder gesundendes Deutschland. Ihm imponieren nicht die großspurigen Reden vom gemeinsamen Kampf Sowjet-Rußlands und Sowjet-Deutschlands am Rhein, und es glaubt, daß ein zum Teil bolschewistisch gewordenes Deutschland ebensowenig den bewaffneten Arm Frankreichs lähmen könnte, wie der bewaffnete Arm Polens durch russische Ansteckung gelähmt worden ist. Teile und herrsche, ist sein Wahlspruch. Ein monarchistisches Süddeutschland, ein im Bolschewismus untergehendes Norddeutschland und ein französisches Westdeutschland, das ist sein Ziel.

Wir haben in unserer gestrigen Abendausgabe Mitteilung gemacht von den Plänen der französisch privilegierten bayerischen Einwohnerwehren, am 25. September den Exkronprinzen Rupprecht zum König auszurufen. Die reaktionäre Presse wird es diesmal schwer haben, unsere Warnung als blinden Lärm abzutun, zumal uns aus ihren eigenen Reihen ein Kronzeuge für die Gefährlichkeit der bayerisch-französischen Treibereien entstanden ist. Die „Tägliche Rundschau" von gestern abend bringt folgenden Artikel, den wir der Wichtigkeit des Gegenstandes wegen wörtlich wiedergeben. Er lautet:

Ueber die französischen Umtriebe in Bayern

wird uns von unterrichteter Seite folgendes geschrieben:

Organisiert wird die separatistische Bewegung durch die politische Propagandaabteilung beim französischen Ministerpräsidium, die sich „Union d'Expansion nationale" nennt. Der französische Gesandte in München, Dard, hat bedeutende Kredite zur Verfügung erhalten und hofft Unterstützung zu finden. Die Mitglieder der französischen Militärmission in München haben vom französischen Ministerpräsidium geheime Instruktionen zur Organisierung von Propagandamittelpunkten im bayerischen Hochadel und im bayerischen Bürgertum erhalten. Bestimmte Salons in München sollen diesem Zwecke dienstbar gemacht werden. Zur Erreichung ihres Ziels spielen die Franzosen die spartakistische Gefahr in Norddeutschland aus. Sie hoffen damit durchzusetzen, daß der Adel und ein Teil der Bürger und mittleren Grundbesitzer Bayerns der Trennung vom Reiche zustimmen und sich mit einer militärischen Besetzung durch Frankreich zur Verteidigung gegen den Bolschewismus einverstanden erklären. Man will dann unter französischem Protektorat einen unabhängigen Föderativstaat errichten, dem Bayern mit Franken, die Pfalz, die Rheinlande und Luxemburg, vielleicht auch Oesterreich angehören würden. Zur „Belohnung" soll der Anteil Bayerns an der deutschen Kriegsschuld bedeutend herabgemindert werden.

Die Anfachung der Antipathie Bayerns gegen Preußen soll dabei helfen. Man bemüht sich, unter den Einwohnern der obengenannten Gebiete Propagandisten anzuwerben, wobei man sehr sorgfältig zu Werke geht. Als Zentrum der Propaganda-

bewegung wird der Salon des bekannten Malers Franz Roubaud genannt, der Franzose von Geburt, seit Kriegsbeginn in Bayern naturalisiert ist und in München wohnt. Daneben ist die Tätigkeit der Gräfin Hollenstein hervorzuheben, einer geborenen Apoutkhin, die mit dem Chef der französischen Propaganda in der Schweiz, Grafen Martinpren, enge Fühlung unterhält. Ihr Sohn, ein ehemaliger deutscher Offizier, ist mit einem Fräulein v. Guesse, einer Russin, verheiratet, ihr Bruder, ein Agent der ententefreundlichen russischen Reaktionäre in der Schweiz, soll Beziehungen zum Generalstabe Wrangels unterhalten. Daneben hat eine Baronin Olga de Stackelberg, deren verstorbener Vater Deutschbalte war, und deren Mutter der bekannten russischen Familie Golowin angehörte, und die zahlreiche Beziehungen zum bayerischen und rheinischen Hochadel unterhält, ihren Dienst der Propaganda des „Comité d'Expansion nationale" angetragen. Das französische Konsulat in Lausanne hat ihr zur Erleichterung ihrer Aufgabe einen französischen Paß ausgestellt. Sie hat sich damit vor einigen Tagen nach Paris begeben, um sich dort ihre Instruktionen zu holen.

Es fällt uns nicht ein, uns die Behauptung des nationalistischen Blattes in ihren Einzelheiten zu eigen zu machen. Aber der Schluß liegt nahe, daß wo von so vielen Seiten Rauch herkommt, doch ein weitverbreiteter Brandherd vorhanden sein muß. Es mag auch sein, daß die leitenden französischen Staatsmänner von diesem Treiben der Agenten nichts wissen und es nicht billigen, wie ja auch die Regierung des Herrn v. Kahr vorsichtig genug sein dürfte, diese ganze brenzliche Sache nicht direkt mit eigenen Fingern anzurühren — was freilich nicht hindert, daß man bereit ist, sich den „vollendeten Tatsachen" anzupassen, wenn es einmal soweit ist.

Die Gefahr des Augenblicks wird durch den Umstand erhöht, daß diejenige Klasse, die am meisten an der Erhaltung eines republikanisch-einheitlichen Deutschlands interessiert ist und deren Mission es ist, Republik und Reichseinheit zu verteidigen, die Arbeiterklasse, sich in ihrer Aktionsfähigkeit durch den elenden Führerstreit ihres linken Flügels gelähmt findet. Wer kann erwarten, daß die U. S. P. für die Eventualitäten des 25. September bereit ist, da sie doch wie hypnotisiert auf den 12. Oktober starrt als den Tag, an dem ihr als Partei das Zügenglöcklein ertönen wird.

In derselben Lage befindet sich höchst unglücklicherweise auch die französische Sozialistenpartei, deren Aufgabe es jetzt sein müßte, den französischen Begünstigern der deutschen Gegenrevolution das Handwerk zu legen. Auch sie ist durch den Streit um Moskau paralysiert, von allen anderen Interessen abgelenkt. Hilfe haben wir von ihr kaum zu erwarten!

So müssen wir damit rechnen, daß es die deutsche Sozialdemokratie allein sein wird, die den Stoß, wenn er früher oder später kommt, auszuhalten haben wird. Vielleicht erweist es sich in absehbarer Zeit als Glück und Rettung, das sich die deutsche Sozialdemokratie vor der allgemeinen Verwirrung und Zersetzung bewahrt hat. Hoffen wir, und arbeiten wir dafür, denn es geht ums Ganze!

•

Im Zusammenhang mit den bayerischen Gerüchten und den Mitteilungen der „Täglichen Rundschau" gewinnt auch eine Mailänder Meldung des „Fränk. Kurier" ein besonderes Gesicht. Danach will die Mailänder „Tribuna" aus zuverlässiger Quelle erfahren haben, daß am 19. August in Genf eine Konferenz von etwa 30 Personen stattfand, die den monarchistischen Kreisen aller Länder, vor allem aber Oesterreichs und Süddeutschlands angehörten. Auch die Königin-Mutter von Spanien habe an den Verhandlungen teilgenommen. Graf Berchtold und andere dort befindliche Persönlichkeiten des alten österreichischen Regimes seien dafür eingetreten, den monarchistischen Wiederaufrichtungsversuch zu unternehmen!

Kahr beteuert Reichstreue.

Bamberg, 17. September. Anläßlich der Landestagung der Bayerischen Volkspartei in Bamberg hat Ministerpräsident v. Kahr eine längere Rede gehalten, in der er u. a. ausführte: Innere und äußere Feinde, vor allem auch Feinde des Reichs sind emsig an der Minierarbeit, immer wieder den Teufel der Felonie und der separatistischen Bestrebungen Bayerns an die Wand zu malen. Wenn ich dazu ein Wort sagen darf, so kann es zunächst nur die Wiederholung meines freudigen und rückhaltlosen Bekenntnisses zum einigen Deutschen Reiche sein, wie ich es bereits an anderer Stelle abgelegt habe. Wir wollen gute Bayern und gute Deutsche sein, in guten wie in bösen Tagen. Ebenso fest wie meine Treue zum Reich steht auch meine Ueberzeugung, daß das Reich nur föderalistisch sein kann, oder es ist überhaupt nicht. Föderalismus ist nicht gleichbedeutend mit Partikularismus und bedeutet keine Schwächung des Reichs. Wir verlangen den föderalistischen Aufbau des Reichs in allererster Linie, weil wir darin eine Lebensnotwendigkeit für das Reich sehen, im Interesse des Reichs, und wenn diese Forderung in Bayern mit besonderer Zähigkeit erhoben wird, so sehe ich darin den Beweis dafür, daß die Sorge für das Reich in Bayern wieder lebendiger ist und daß das Reich in Bayern seine besten und treuesten Söhne hat. Wer etwas anderes behauptet, sagt die Unwahrheit, und Unwahrheit bleibt Unwahrheit, auch wenn man sie recht oft wiederholt. Es widerstreht uns, auf derartige Fälschungen immer wieder die Reichstreue der bayerischen Regierung zu versichern. Unter anständigen Menschen genügt das Manneswort. Von Wichtigkeit aber ist, wie der Außenminister des Reichs mir wiederholt und noch in allerjüngster Zeit versichert hat, daß er auf die Reichstreue der bayerischen Regierung rückhaltlos vertraue.

Wir denken gar nicht daran, Herrn Kahr so leichtsinniges Vertrauen wie der Außenminister des Reichs entgegenzubringen. Mögen noch so klangvolle Worte für ihn sprechen, — seine Taten sprechen gegen ihn!

Heldentaten im Preußenparlament.

Die Rechtsparteien werden von der Futterkrippe derartig angelockt, daß sie gar zu gern die Regierungsparteien in Preußen auseinanderbringen möchten. Namentlich das Gesetz Groß-Berlin ist der Stein des Anstoßes. Ein deutschnationaler Antrag verlangt von der Landesversammlung, daß sie das Gesetz vorläufig nicht durchführen läßt. Wenn auch die Neigung der bürgerlichen Parteien groß sein mag, durch die Unterstützung dieses Antrages eine sozialdemokratische Großstadtverwaltung zu vereiteln, so haben doch die demokratische und die Zentrumsfraktion bereits beschlossen, den deutschnationalen Antrag abzulehnen, das Zentrum und die Deutsche Volkspartei haben aber eigene Verschlechterungsanträge eingebracht; die Demokraten sollen angeblich noch mit der Deutschen Volkspartei verhandeln. Die sozialdemokratische Fraktion kann sich durch all das nicht beirren lassen; sie wird sich gegen jede Sabotierung der Vereinheitlichung Groß-Berlins wie gegen das Kirchenaustrittsgesetz in der am Donnerstag von der bürgerlichen Mehrheit beschlossenen Fassung energisch wehren.

Die Führer der Regierungsparteien verhandeln dauernd über die Form, in welcher sich die Verabschiedung der Verfassung und die Erledigung der sonstigen Aufgaben der Landesversammlung ermöglichen läßt. Am Montag wird eine interfraktionelle Zusammenkunft der Regierungsparteien darüber stattfinden und die Entscheidung wird wahrscheinlich am Dienstag im Aeltestenrat fallen.

Inzwischen haben die Deutschnationalen wieder einmal dem Vaterlande einen großen Dienst dadurch erwiesen, daß sie eine würdige Kundgebung der Landesversammlung gegen die Drangsalierung Oberschlesiens und des Saargebiets verhinderten. Trotz weitesten Entgegenkommens selbst der Sozialdemokraten im Aeltestenrat bestanden sie darauf, daß eine ausführliche Debatte über die gemeinsamen Anträge stattfinden sollte. Diese Aussprache führte am Freitag zu der unvermeidlichen Liebedienerei der Unabhängigen gegenüber der Entente zum Ausmarsch der Rechten und zerstörte so den Eindruck, den diese Kundgebung auf das Ausland hätte machen sollen.

Reichstagswahlen im Abstimmungsgebiet.

Verbindung mit den Preußenwahlen?

Halbamtlich meldet WTB.: „Das Reichskabinett hat in seiner letzten Sitzung zur Ansetzung der Nachwahlen zum Reichstag in Schleswig-Holstein und in Ostpreußen Stellung genommen. Eine Hinausschiebung dieser Wahlen, solange bis die Wahlen in Oberschlesien stattfinden können, scheint bei der Unsicherheit des Abstimmungstermins für Oberschlesien nicht angebracht. Dagegen ist ein Wahltermin selbst noch nicht angesetzt worden, weil bei der herrschenden Wahlmüdigkeit innerhalb der Parteien nach Möglichkeit versucht werden soll, die Wahlen in Ostpreußen und in Schelswig-Holstein gemeinsam mit den Wahlen zum Preußischen Landtag stattfinden zu lassen. Gemeinsame Wahlen zum Reichstag und zum Landtag haben sich bereits bei den letzten Reichstagswahlen in einer Reihe deutscher Länder durchaus bewährt. Voraussetzung für die Zusammenlegung ist, daß dadurch keine allzu wesentliche Verzögerung der Wahlen in Ostpreußen und Schleswig-Holstein stattfindet. Die Reichsregierung wird deshalb, bevor sie ihre endgültige Entscheidung trifft, abwarten, welchen Abschluß die zurzeit in der Schwebe befindlichen Verhandlungen über den Zeitpunkt der Wahlen in Preußen finden."

Die Meldung legt die Vermutung nahe, als suche die Reichsregierung durch die Wahlverbindung einen leisen Druck auf Preußen auszuüben, damit die preußischen Wahlen — dem Wunsche der Rechten entsprechend — möglichst rasch angesetzt werden. Unser Standpunkt ist bekannt: Vor der Fertigstellung der preußischen Verfassung darf die Verfassunggebende Versammlung nicht auseinandergehen.

Zu Erzbergers Erinnerungen.

Die Kaiserunterhaltung vom 20. Juli 1917.

Die „Freiheit", die wahrscheinlich nichts anderes zu tun hat, veröffentlicht eine neue, höchst sensationell aufgeputzte Anklage gegen Scheidemann. Er sei im Sommer 1917 in einer Versammlung in München gefragt worden, ob Wilhelm II. bei seiner Unterhaltung mit den Abgeordneten am 20. Juli eine spitze Bemerkung gegen die Demokratie gemacht habe, Scheidemann habe dies verneint, nun stehe aber diese Bemerkung (die Garde habe den Russen „den demokratischen Staub aus den Westen geklopft") in Erzbergers Erinnerungen.

Wir überlassen es dem Genossen Scheidemann, sich dazu zu äußern, wenn er es überhaupt für notwendig hält, können aber aus unserer Kenntnis der Dinge folgendes bemerken: Am 20. Juli 1917 erschien nach einer parlamentarischen Konferenz bei Helfferich, bei der sich der neue Reichskanzler Michaelis vorstellte, unerwartet Wilhelm II. Die Gesellschaft löste sich in Gruppen auf, der Imperator lief von einer Gruppe zur anderen und schwätzte unaufhörlich. Es ist also sehr gut möglich, daß Erzberger eine Bemerkung gehört hat, die Scheidemann entgangen war.

Alle Aussprüche, die der gekrönte Vielredner bei dieser Gelegenheit machte, sind ja noch nicht gesammelt und in Schweinsleder gebunden veröffentlicht. Da wir aber schon dabei sind, sei eine wiedergegeben. Zu einer Gruppe von Abgeordneten, unter der sich auch Sozialdemokraten befanden, sagte Wilhelm II: „Na, was sagen Sie zu Rußland? Dort schießt jetzt einer auf den andern. Ja, Krieg und Revolution zugleich, das geht nicht!"

Wahrscheinlich ist diese Aeußerung wiederum Herrn Erzberger unbekannt, er erwähnt sie in seinem Buch nicht. So kann man auch Scheidemann keinen Strick daraus drehen, daß er nicht alles weiß, was Wilhelm geschwätzt hat.

Internationale Hirnverwirrung.

Von Walther Victor.

Einmal las ich auf einem Plakat von der „Internationale des Geistes". Da wollte ich einmal besonders international und besonders geistig sein und ging in einen Vortrag.

In diesem Vortrag sprach Herr Kurt Hiller über „Clarté", die neue internationale Bewegung der Geistigen der Welt.

Es war sehr schön. Hiller las vor. Eine Broschüre. Eine Broschüre, in der auch deutsche Worte vorkamen. Meist aber derart intellektuelle Satzschnörkel, gegeistreichelte Wortspiele, sprachliche Neubildungen und Fremdworte. Soviel ich verstanden habe, glossierte Herr Hiller die Monarchisten, verhöhnte Demokraten und Sozialdemokraten, polemisierte gegen die Spartakisten. Es war sehr groteskl, wie er das machte.

Dann verkündete er die Alleinherrschaft des Geistes, die Unantastbarkeit des Menschenlebens und den Frieden. Das war mir wieder sympathisch.

Ueberschrift: „Clarté". Zeitschrift und Weltbund gleichen Namens in Paris.

Seit jenem Abend lese ich (trotz Valutabeschwerden) die „Clarté" so regelmäßig, daß es mir heute „klar" ist, daß die französischen Leiter dieser Bewegung diese ebenso gut „Kommunistische Partei der Geistigen" nennen könnten. Sie segeln vollständig im Moskauer Fahrwasser, Karl Radek ist ihr Mitarbeiter aus Rußland, und aus Deutschland schreibt unter „La vie internationale" ein Mensch für die internationalen Geistigen, der entweder beabsichtigt, sie zu internationalen Ignoranten zu machen oder selbst heillos unter dem Gegenteil von „Klarheit" leidet.

Es ist mir nicht bekannt, was die deutschen Glieder der Bewegung und Herr Kurt Hiller mit ihren sympathischen Grundsätzen zu der Entwicklung der Dinge sagen, vielleicht werden sie nach der neuesten Leistung der „Clarté" (Ausgabe vom 11. September) etwas von sich hören lassen.

In dieser Nummer ist ein spaltenlanger Situationsbericht über den deutschen Sozialismus enthalten. Mit diesem wird der internationalen Verdummung geradezu die Krone aufgesetzt.

Zunächst: Alle Weisheit dieses Menschen, der von einer immerhin internationalen Tribüne aus zu gebildeten Menschen redet, entstammt einer uralten Nummer der „K. A. Z." („Kommunistischen Arbeiterzeitung", Organ der Nationalbolschewisten), und diese hat er noch dazu grundfalsch gelesen. Er faselt von einer „A. P. D." (Deutsche Arbeiterpartei), deren „diktatorischer Chef Legien" sei, sie sei „einer der Saboteure der deutschen Revolution". — Die U. S. P. ist bei diesem gut unterrichteten Herrn „das marxistische Zentrum". (Guten Morgen, Herr Stöcker!) Sie habe „fast die absolute Mehrheit". Der Spartakusbund ist dem Allerweltsweisen „eine nach dem Hamburger Kongreß von 1918 (?) abgespaltene Gruppe", die „von den Grundsätzen Karl Radeks abgewichen (!) und deren revolutionäre Flamme erloschen ist". (Armer Paul Levi, arme Klara Zetkin!) Die einzigen „revolutionären Parteien" sind die K. A. P. D. und die Syndikalisten. Sonst gäbe es noch eine „Rätezentrale Berlin", ein „sagenhaftes Gebilde, deren Presse von der Polizei bezahlt (!), dazu diene, das klassenbewußte Proletariat zu zersplittern".

... Man verzeihe: Ich kann nicht mehr Rosinen aus diesem prachtvollen Gebäck, bereitet zur internationalen Hirnverwirrung, herausklauben. Es genügt wohl auch.

Bei aller Verehrung für Henry Barbusse: Diese „Clarté" ist mir zu dumm, sie ist nicht „Clarté" (Klarheit), sondern „Confusion" (Unklarheit). Bestellen wir sie ab.

Vertretertag der deutschen Volksbühnenvereine. Der Verein Volksbühne E. V. (Vereinigte Freie und Neue Freie Volksbühne) in Berlin ladet die Vereine, die gleich ihm die kunstinteressierten Kreise der werktätigen Bevölkerung zusammenzuschließen bestrebt sind, um für sie unter Ausschaltung aller Gewinnabsichten künstlerisch hochwertige Theatervorstellungen durch Berufsschauspieler zu veranstalten und ihnen gegen feste einheitliche Vorstellungsbeiträge zugänglich zu machen, die zugleich bestrebt sind, bei aller Wahrung der politischen Neutralität mit den Organisationen der modernen Arbeiterbewegung zusammenzuarbeiten, zur Beschickung eines Vertretertags der deutschen Volksbühnenvereine ein, der vom 23. bis 25. Oktober d. J. in Berlin im Sitzungssaal des Theaters am Bülowplatz stattfinden soll. Vorgesehen sind Referate über die Entwicklung der Volksbühnenbewegung und die Gründung eines Verbandes der deutschen Volksbühnenvereine, über die Aufgaben der Volksbühnenvereine auf den verschiedenen Gebieten der Kunst und über die Möglichkeiten einer Sozialisierung des Theaters mit Unterstützung von Staaten und Gemeinden. Als Referenten wurden gewonnen: Julius Bab, K. H. Döscher, D. Eliger, Leo Kestenberg, Dr. S. Neitriepke, Dr. John Schikowski, Dr. Ludwig Seelig und Dr. Slekow, Chemnitz. An die Tagung soll sich eine öffentliche Kundgebung anschließen. Es wird auf die Teilnahme von Vertretern aller Volksbühnenvereine gerechnet. Alle weiteren Auskünfte erteilt das Generalsekretariat der Volksbühne E. V. in Berlin C. 25, Linienstr. 227.

Pseudomodernität. An zwei Stellen — bei Nicolai in der Viktoriastr. 26a und bei Reuß u. Pollack am Kurfürstendamm Nr. 230 — sind zurzeit Ausstellungen des Malers Leo Prochownik zu sehen. Dieser Künstler ist kein Jüngling mehr, aber er sucht dem modernsten Zeitgeist Rechnung zu tragen und bemüht sich, seinem Griffel und Pinsel expressionistische und monumentale Wirkungen abzugewinnen. Er stellt mehr oder weniger verwogen stilisierte Landschaften und Akte zu flächenfüllenden Gebilden zusammen, die die Wände von Zimmern und Sälen schmücken sollen. Teils sind es direkte Entwürfe zu Wandmalereien, teils Tafelbilder im Stil von Wandmalereien. Soweit diese Arbeiten sich in den Grenzen eines konventionellen Geschmacks halten — wie der Entwurf für ein Kinderzimmer und das Blatt „Moorresspiegel" —, mögen sie mit tausend anderen ihrer Art passieren. Soweit sie aber das Bestreben zeigen, neue, dem Künstler zweifellos wesensfremde Ausdrucksmittel in ihren Dienst zu zwingen, muß gegen das Verfahren protestiert werden. Die weitestgehende Umgestaltung von Naturformen ist im Kunstwerk gestattet, wenn der Organismus des Kunstwerks sie verlangt. Ein willkürliches Deformieren aber ist bloße Verunstaltung. Man wird nicht dadurch zum Expressionisten, daß man die natürlichen Farben einer Landschaft in grelles Rot, Blau und Violett ummodelt oder einem harmlosen Aktmodell die Gelenke ausrenkt. Und wer — wie Prochownik auf dem Entwurf „Das ruhige Leben" — Einzelgruppen flächenartig neben- und untereinander anordnet, der schafft damit noch kein geschlossenes monumentales Wandgemälde. Eine Fläche bedecken und eine Fläche beherrschen, ist zweierlei. Das erste kann jeder Stubenmaler, ein Kunstwerk aber entsteht erst dann, wenn jede Einzelheit im Ganzen aufgeht und das Ganze jede Einzelheit bedingt, d. h. wenn ein einheitlicher farbiger und linearer Rhythmus die gesamte Bildfläche restlos durchdringe und belebt. Prochowniks Kompositionen sind nicht von innen herausgewachsen, sondern äußerlich zusammengestoppelt, daher fehlt ihnen der lebendige Zusammenhang und ihre Teile fallen auseinander. Diese Schaffensart resultiert nicht aus einem inneren Zwang, sondern ist das Produkt kühler Berechnung, die sich eine Modekonjunktur nutzbar machen will. J. S.

Die lustigen Weiber von Altpoderschau. Hans Reimanns „Drache" druckt aus einem sächsischen Winkelblättchen folgende „Erwiderung" der Altpoderschauerin Therese Wiese ab: „Als Augenzeuge und im Einverständnis mit meinem Manne erkläre ich hiermit, daß es Tatsache ist und bleibt, daß Frau Balan meinen Mann geküßt hat. Er spaßte mit ihr, wie schon öfter und brauchte nur die wenigen Worte, komm, gib mir einen Kuß, mach, ein bißchen ordentlich. Schon wendete sie den Kopf, spitzte den Schnabel und küßte meinen Mann direkt auf den Mund. Daß es da meinem Mann warm ums Herz wurde und er sie auch küßte, ist doch leicht erklärlich. Ob sie es aus Spaß gemacht hat oder nicht, ist mir gleich, ich lege es nach meinen Ansichten aus, da sie schon einmal erklärt hat, meinem Mann könnte sie gleich gut sein. Mein Mann hat mir aber gesagt, daß ich das Küssen viel besser kann und ich küsse meinen Mann auch selbst. Dies ist die Wahrheit, damit mein Mann nicht in ein schlechtes Licht gestellt wird." Bravo, Therese! Und der „Drache" hat recht: Das kann kein Humorist erfinden.

Theater. Das Theater der Königgrätzerstraße bringt die Erstaufführung von Goldonis Lustspiel „Mirandolina" am 23. September heraus. — Das Deutsche Theater bringt am 22. September Hauptmanns „Einsame Menschen" in neuer Einstudierung. — Die auf heute im Kleinen Theater angesetzte Uraufführung von Christiansens „Thronfolger" ist wegen Erkrankung eines Hauptdarstellers abgesetzt worden. Aufgeführt wird die „Pfarrhauskomödie". — Das Deutsche Opernhaus bereitet für diesen Monat noch „Die Hugenotten", „Eugen Onegin" und „Rigoletto" vor.

Der Gemischte Chor Groß-Berlin, im Februar d. Js. neu gegründet, 240 Mitwirkende, hält am 21. September, abends 7½ Uhr, in der Neuen Welt (Hasenheide 108) unter Hermann Scherchen sein erstes Konzert ab. Mitwirkende: Schubert-Quartett, Violinsolistin Frau Schubert; am Flügel Herr Schulze-Ritter. Eintrittspreis (mit Steuer und Programm) 3 M. Kassenöffnung 6½ Uhr. Billetts nur noch in beschränkter Zahl an der Abendkasse.

Groß-Berlin

Planlose Ernährungswirtschaft.

Berlin gegen den Wirrwarr der Regierungsmaßnahmen.

Die außerordentliche Sinnlosigkeit der Maßnahmen, die die Regierung im Punkte der Ernährungswirtschaft zurzeit erläßt und im annuitzen Spiel der in ihr vertretenen unterschiedlichen Meinungen auch widerruft, veranlaßt den Berliner Magistrat zu der folgenden öffentlichen Anklage:

„Nach den bisherigen Entschließungen der Reichsstellen sollte am 1. Oktober zugleich mit der Bewirtschaftung des Fleisches, nachdem am 1. August bereits der Handel mit Margarine freigegeben war, auch der Handel mit Schmalz freigegeben werden. Wiederholt haben Vertreter der Städte entschieden gegen einen überstürzten Abbau der Zwangswirtschaft protestiert, solange nicht die Versorgung der Bevölkerung für den Winter sichergestellt ist. Schon jetzt zeigt sich, daß der forcierte Abbau der Fettbewirtschaftung zu einem völligen Zusammenbruch führen muß. Die Händler erklären, daß die Margarinefabriken zur Deckung des Bedarfes mangels geeigneter Rohstoffe nicht in der Lage sind. Fachzeitschriften ist zu entnehmen, daß die Fabriken schon jetzt wieder dazu übergehen müssen, zur Seifenfabrikation bestimmte Rohstoffe zu verarbeiten. Die Freigabe des Schmalzes läßt sich aus Valutagründen, wie der Handel selbst zugibt, nicht durchführen. Ob die Reichsstellen mit genügenden Vorräten versehen sind, erscheint fraglich. Ueber die Butterversorgung im Winter kann man sich leider keinerlei Illusionen hingeben. Ueberschußbezirke gibt es wohl überhaupt nicht mehr. Was der Bevölkerung bevorsteht, kann man an den Hamburger Verhältnissen ermessen, wo bereits jetzt monatlich nur einmal 50 Gramm zum Preise von 2,50 M. verteilt werden, also zu einem Pfundpreis von 25 M. Angesichts dieser Sachlage scheinen jetzt auch die Reichsstellen sich zu besinnen und vor der Durchführung ihres ursprünglichen Programms der Freigabe der Schmalzbewirtschaftung am 1. Oktober zurückzuschrecken, da sie die Versorgung der Bevölkerung mit Fett völlig ins Ungewisse zu stellen doch wohl nicht verantworten können. Der Wirrwarr ist aufs äußerste gestiegen; die Folgen der bisherigen Kurzsichtigkeit sind nicht abzusehen. Auf Grund der bisherigen Erklärungen der Regierung haben die Kommunalverbände angesichts der Erfolglosigkeit ihrer Warnungen ihrerseits alle Maßnahmen für die Beseitigung der rationierten Fettbewirtschaftung getroffen. Nun müssen sie wenige Tage vor dem 1. Oktober sich wieder unter dem Zwang der Verhältnisse anders einstellen. Wenn die Regierung aber glaubt, jetzt die Verantwortung wieder auf die Kommunen nach bewährter Methode abwälzen zu können und ihnen das Risiko der Einfuhr aus dem Ausland zu überlassen, nachdem die Valutaverhältnisse so überaus ungünstig sich gestaltet haben, so wird sie damit vor der Oeffentlichkeit keinen Erfolg haben."

Man darf gespannt sein, zu welcher neuen „Maßnahme" die Regierung jetzt schreiten wird, um die durch ihre Planlosigkeit heraufbeschworene Katastrophe fernzuhalten.

Die Arbeitslosendemonstrationen.

Eine Warnung des Polizeipräsidiums.

Wie die „P.P.R." aus dem Polizeipräsidium erfahren, hat bisher das Polizeipräsidium gegenüber den Demonstrationen der Arbeitslosen weitestgehende Zurückhaltung geübt und die Sicherheitsmannschaften angewiesen, unter allen Umständen den Gebrauch der Waffe zu vermeiden. In neuster Zeit aber haben diese Demonstrationen einen Umfang und Charakter angenommen, der die öffentliche Ordnung und Sicherheit schwer bedroht. Die Leitung der Arbeitslosenbewegung ist in die Hände unverantwortlicher und gewissenloser Elemente geraten, die die Arbeitslosen zu allerlei Angriffen auf Gebäude und Fabriken mitreißen.

Das Polizeipräsidium erachtet es für die Pflicht derjenigen radikalen Parteien, die die Organisation der Arbeitslosen ins Leben gerufen haben, nun auch dafür zu sorgen, daß die Bewegung in den Grenzen bleibt, die mit dem öffentlichen Wohle vereinbar sind. Es ist Pflicht der Arbeitslosen und dieser Parteien, sich rechtzeitig die Leute genau anzusehen, die jetzt die Arbeitslosen führen wollen, und nicht etwa nach geschehenem Unglück das übliche Geschrei über Spitzel zu erheben. Man habe im Polizeipräsidium volles Verständnis für die Not und Erregung der Arbeitslosen, könne aber natürlich deswegen nicht auf den Schutz der Personen und der für die Allgemeinheit notwendigen Einrichtungen und Unternehmen Verzicht leisten.

Eine Sitzungswoche des neuen Stadtparlaments.

Stadtverordnetenvorsteher Dr. Weyl hat die Mitglieder der neuen Berliner Stadtverordnetenversammlung zu sechs außerordentlichen Sitzungen, die hintereinander vom Mittwoch, den 22. September, bis einschließlich Dienstag, den 28. d. Mts., stattfinden sollen, eingeladen. Diese außerordentlichen Sitzungen sollen im Bürgersaal des Berliner Rathauses stattfinden und schon um 4 Uhr beginnen. Auf der Tagesordnung steht nur ein Punkt: Die Wahl von 30 Mitgliedern für den neuen Berliner Magistrat. Sind die Wahlen beendet, soll sofort deren Bestätigung beim Oberpräsidenten nachgesucht werden. Falls jede der 30 Wahlen nur eine halbe Stunde in Anspruch nimmt, sind 15 Stunden allein für die Wahlen erforderlich. Schließen sich längere Erörterungen an die Wahlen an, dann ist die Dauer heute nicht zu übersehen. Sämtliche 30 Wahlen müssen nach der Städteordnung in getrennten Wahlgängen mittels Stimmzettel erfolgen.

Stadtverordnete und Bezirksverordnete!

Sonnabend 6 Uhr im Bürgersaal des Berliner Rathauses, Eingang von der Königstraße: Konferenz der Stadtverordneten und Bezirksverordneten der neuen Stadtgemeinde Berlin. Da es sich um wichtige Mitteilungen handelt, ist das Erscheinen aller erwünscht.

Es haben nur Stadtverordnete und Bezirksverordnete Zutritt. Als Legitimation gilt die amtliche Bestallung zum Mitgliede der Stadtverordnetenversammlung oder einer Bezirksversammlung, außerdem das Mitgliedsbuch der zuständigen Parteiorganisation.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Stadtverordneten-Fraktion.

Die Wahl der Stadträte.

Der Fünfundzwanziger-Ausschuß der neuen Berliner Stadtverordnetenversammlung trat gestern zum 14. Male im Berliner Rathaus zusammen. Der Vorsitzende, Dr. Weyl, beantragte, die 20 Stadträte geschlossen zu wählen. Die Deutschnationalen und die Deutschen Volksparteiler widersprachen und verlangten, daß über jeden Kandidaten besonders beraten wird. Als ihrem Verlangen nicht Folge geleistet wurde, verließen die Mitglieder der Fraktionen der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei unter Einspruch die Sitzung. Die Unabhängigen, die Mehrheitssozialisten und die Demokraten blieben zurück. In erster Lesung wurden einstimmig gewählt: Stadtrat Lochning (Dem.), Dr. Simonsohn (Dem.), ferner die Mehrheitssozialisten Stadträte Koblenzer und Paul Boetzsch, Emil Wutzki-Neukölln und Frau Wronsky-Berlin (von der Jugendpflege), außerdem von den Unabhängigen ebenfalls einstimmig der Stadtrat Karl Leid, August Hintze und Hermann Weise sowie Frau Dr. Weyl. Mit den Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen im Ausschuß wurden gewählt: Buchdrucker Wilhelm Ahrens (S.P.D.), Kohl, Rat im Wirtschaftsministerium, und von den Unabhängigen der Stadtverordnete Gäbel-Lichtenberg, der Gewerkschaftssekretär Schüning-Karlshorst (Schiffergewerkschaft), der Bankbeamte Karl Emonts, Stadtrat Hermann Radtke-Neukölln, Stadtrat Hermann Ranke-Berlin, Stadtrat Paul Brühl-Lichtenberg (M. d. R.), Georg Stolt-Schöneberg, Gemeindevorsteher Max Peters-Alt-Glienicke. Die zweite Lesung dieser Liste soll am Montag nachmittag stattfinden.

Eine 396-Millionen-Anleihe.

Der Magistrat hat soeben der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage auf Genehmigung einer Anleihe in Höhe von 396 Millionen Mark zugehen lassen. Diese Anleihe soll zur vorläufigen Begleichung des nach § 59 des Landessteuergesetzes vom Reiche der Stadtgemeinde Berlin geschuldeten Betrages für Familienunterstützungen und sonstige Kriegswohlfahrtsausgaben dienen und wird in Gestalt von Schuldverschreibungen auf den Inhaber mit vierprozentiger Verzinsung herausgebracht. Die Schuldverschreibungen sollen auf 10 000, 5000, 2000, 1000, 500, 200 und 100 M. lauten.

Eine weitere Vorlage des Magistrats ersucht die Stadtverordnetenversammlung um ihr Einverständnis damit, daß mit der Staatsverwaltung über unentgeltliche Ueberlassung des zwischen Tusneldaallee und Ottostraße gelegenen Teils des Kleinen Tiergartens ein Vertrag geschlossen wird und daß ihr demnächst ein Plan über die Verwendung dieses Geländes zu Spielplatzzwecken zugeht.

Sicherheitsmeldesystem Groß-Berlin.

Das Berliner Polizeipräsidium plant die Anlage eines neuen umfangreichen telephonischen Sicherheits-Meldedienstes, durch den bei Einbrüchen und Ueberfällen sofort automatisch oder telephonisch ausreichend polizeiliche Hilfe herbeigerufen wird. Die Baupläne, mit deren Ausführung anläßlich einer Kabelverlegung in Schöneberg bereits begonnen worden ist, liegen gegenwärtig dem Ministerium des Innern zur Genehmigung vor. Wie die „P.P.R." hören, wird der Polizeipräsident seine umfassenden Pläne demnächst vor den Pressevertretern eingehend darlegen.

Eine halbe Million für abgelieferte Waffen.

Die Waffenablieferung nimmt einen immer größeren Umfang an. Auch die Mißtrauischen, die an den ersten Tagen noch mit ihren versteckt gehaltenen Waffen sich nicht recht hervorwagten, schleppen jetzt ihre „Kriegsbeute" zu den Sammelstellen. Der Andrang ist hier an einzelnen Stellen zeitweilig so groß, daß die Ablieferer Polonäsen bilden. Neben Gewehren aller Modelle, deutscher und ausländischer Herkunft, kommen Männer und Frauen mit Körben und Säcken voll Munition. Selbst mit Fuhrwerken kommen sie vorgefahren. Es brachte gestern ein Wagen nicht weniger als 10 Maschinengewehre und 130 Handfeuerwaffen. Innerhalb des Landespolizeibezirks Berlin, dessen Bezirkskommissar für Entwaffnung der Berliner Polizeipräsident Genosse Richter ist, wurden bis gestern über eine halbe Million Mark für abgelieferte Waffen und Munition ausgezahlt.

Unglaubliche Zustände herrschen, wie uns mitgeteilt wird, bei der Waffenablieferung in der früheren Dragonerkaserne Belle-Alliance-Straße. Als Abfertigungsraum benutzt man den nach der Straße und dem Hof offenstehenden Hausflur, in dem nur wenige Personen Platz finden. Die Abnahme erfolgt durch Sicherheitsbeamte in wenig höflicher Form. Von einer eigentlichen Leitung ist nichts wahrzunehmen. Nachdem erst ziemlich verspätet mit der Abnahme begonnen wurde, war gestern gegen ½10 Uhr das Geld alle, so daß die noch auf Abfertigung wartenden Personen, gegen hundert, unverrichteter Sache wieder fortgehen mußten, zum Teil sogar mit Maschinengewehren. Später sollte mit der weiteren Abnahme fortgefahren werden; hoffentlich ist dann das erforderliche Geld zur Stelle. Ob aber die Waffenbesitzer trotz der angedrohten hohen Strafen wiederkommen, ist fraglich. Auf diese Weise wird die Waffeneinziehung von den berufenen Stellen sabotiert.

Die Kreditierung der Fernsprechanleihe.

Die Tatsache, daß die am 1. Oktober fällige Fernsprechanleihe nicht nur in bar, sondern auch mit Hilfe der Deutschen Volksversicherung einbezahlt werden darf, hat den Anlaß zu dem immer wieder auftretenden Mißverständnis gegeben, daß der Fernsprechteilnehmer hierbei eine Versicherung eingeht. Das ist nicht der Fall; es handelt sich um einen Kreditauftrag.

Der Fernsprechteilnehmer, der die Aufhebung seines Anschlusses vermeiden möchte, den Fernsprechbeitrag aber auch nicht in bar zahlen will oder kann, erteilt den Auftrag, den gesetzlichen Beitrag von 1000 M. für den Hauptanschluß und von 200 M. für den Nebenanschluß auf die Dauer von 10 Jahren für ihn bei der Post einzuzahlen. Der Teilnehmer verpflichtet sich als Gegenleistung hierfür eine vierteljährliche Vergütung zurzeit von 8,75 M. für je 1000 M. zu zahlen sowie eine einmalige Einschreibegebühr von 20 M. Hat der

Das Licht der Heimat.

16] Von August Hinrichs.

Immer noch brennt die Sonne herunter. Tag für Tag, Woche für Woche glüht sie auf der Erde. Kein Tropfen Regen kommt.

Die Augen schmerzen von dem ewigen Hinaufstarren an den Himmel. Hat Gott vergessen, daß hier unten alles auf ihn wartet? Daß Kraut und Halm fast verdursten? Weiß er nicht, daß die Erde auf Harm Folkers Aeckern keine Feuchtigkeit halten kann, daß die Schollen in Staub zerfallen, der ganze Boden nur noch ein trockenes Pulver ist, in dem die feinen Wurzelchen zusammenschrumpfen, eintrocknen und verkümmern und nichts, nichts zum Aufsaugen für die ausgedörrten Zellen mehr vorfinden? Sieht er nicht, daß das Vieh matt und träge auf der verbrannten Weide steht und kaum noch Lust hat, mit dem wunden Maul die hartgetrockneten, verdorrten Grasstengel abzureißen?

Immer noch brennt die Sonne herab, unbarmherzig starr und sengend.

Harm Folkers steht an seinem Acker und wühlt unter dem welken, verstaubten Kartoffelkraut im Sand. Die paar Knollen, die er findet, sind nicht größer als Kirschen. Er geht mit gesenktem Kopf nach seinem Haferfeld — die Halme reichen ihm kaum bis an die Knie und tragen auf den braungelben Stengeln verkümmerte, frühreife Aehren. Mutlos sieht er darauf nieder. Was soll nun werden?

Meta kommt von der Weide. Die weißgescheuerten Milcheimer hängen am Joch über ihrer Schulter, aber es ist nicht halb soviel Milch darin wie sonst.

Als sie Harm gewahrt, bleibt sie stehen und legt die Hand über die Augen. Da sieht sie auch drüben beim Voßbauern jemand im Haferfeld stehen — das ist er. Sie steht, das schwere Joch auf der Schulter, die eine Hand an der Kette, die andere über den Augen, und sieht nach beiden hin. Nach beiden Feldern und nach beiden Menschen.

Sie vergleicht die Felder. Ist das drüben nicht höher und voller? Auch so gelb und verbrannt ist es nicht, kommt ihr vor. Als hätte eine unsichtbare Kraft im Boden die lebenspendende Feuchtigkeit festgehalten und nährte das Korn noch aus heimlicher Quelle. Jetzt, da ein leiser Wind es bewegt, sieht sie deutlich, wie beim sanften Wiegen hier das Gelb einen braunen, dort einen grünlichen Unterton erhält.

Sie schließt die Augen halb, daß alles zu schwimmen beginnt. Undeutlich schwanken die beiden gelben Felder und darin die beiden Menschen. Sie schließt ein Auge ganz, da rückt Harm ferner und der Voßbauer steht näher, sie stehen nebeneinander. Und da sinkt Harm ganz in sich zusammen und sieht müde, alt und abgerissen aus. Immer kleiner und häßlicher wird er. Und der andere wächst neben ihm hoch, wird immer größer und wirft den Kopf in den Nacken und lacht. Ganz deutlich hört sie das kräftige, selbstbewußte, harte Lachen. Dicht nebeneinander stehen die beiden. Wie grau und zusammengeschrumpft Harm ist — und der andere will immer noch wachsen und trägt den Kopf immer höher. Aber sie duldet es nicht, sie zwingt ihn nieder, mit Gewalt, alle Kraft muß sie anwenden, um ihn herunter zu drücken. Aber er stemmt sich dagegen und lacht.

Da reißt sie die Augen auf und schüttelt den Kopf. Harm steht nahe vor ihr und der andere weit hinten, unmöglich konnte sie ihn lachen hören.

Sie wirft das Joch zurecht und geht. Aber ihre Knie schwanken, ihre Schultern schmerzen — sie fühlt, daß sie eine unendliche Last mit sich herumschleppt, die sie zu Boden drückt.

Langsam geht sie unter ihrem schweren Joch dahin.

In diesem Jahr war es nicht zu bezweifeln, daß des Voßbauern Felder die große Dürre am besten überstanden. Alle, die ihn solange verlacht hatten, mußten es zugeben, und der eine und der andere schlich so bei Gelegenheit zu ihm heran und fragte um Rat, ob das Teufelszeug wohl auch für seinen Acker geeignet wäre. Der Voßbauer schrieb an seinen alten Lehrer, und der Professor kam und hielt den aufhorchenden Bauern einen Vortrag über die Zusammensetzung ihres Bodens und die Dinge, die darin fehlten. Plötzlich war der Kunstdünger Trumpf im Dorfe, und da einige Hartnäckige immer noch nicht an ihn glauben wollten, gab es Streit und Gerede darüber im Wirtshaus und das Kali war wenigstens in aller Munde. Man wußte, daß die Kalianteile mächtig gestiegen waren, und daß einige Bauern reiche Leute dabei geworden waren. Dazu kam, daß die Fabrik nicht einmal genug liefern konnte, soviel wurde verlangt. Ueberall wurde nach Kali gebohrt, und das Geld juckte den Leuten in den Fingern.

Plötzlich hieß es, eine Unternehmergesellschaft habe in der Nachbarschaft große Geländestücke angekauft und wolle dort bohren. Da kamen die Gemüter in Hitze. Sollte man denn alles den anderen überlassen? Mehrere aus dem Dorf taten sich zusammen und schrieben an einen Rechtsanwalt, und bald zeigte sich einer und nahm die Sache in die Hand.

Eines Tages kam der Pastor ganz aufgeregt nach Haus. Sein Bart sträubte sich wagerecht voraus, als er auf und ab durch die Stube rannte und Zahlen murmelte. Endlich konnte ers nicht mehr allein tragen: „Ah!" sagte er und schlug sich mit der Hand vor die Stirn, „wenn man jetzt Geld flüssig hätte! Jetzt wäre es zu machen!"

Seine Frau sah ihn etwas spöttisch an, weil sie dachte, es sei einer seiner gewöhnlichen Anfälle, wo er in plötzlichem Tatendrang irgendeine neue Dummheit unternehmen wollte.

Da trat er dicht vor sie hin: „Weißt du, was der Uhlhorner Amtsbruder mir erzählte? Ein Pastor im Schlohauser Bezirk hat sich ein Landhaus am Rhein gekauft, soviel hat der an Kalianteilen verdient."

„So — und was hast du mir sonst davon erzählt?" fragte sie. Aber er tat es mit einer Handbewegung ab: „Früher — ja früher, da lag die Sache ganz anders, aber jetzt, da einem die Gelegenheit so unmittelbar auf die Nase gesetzt wird —." Und er erzählte ihr, daß der Anwalt bei ihm gewesen sei, daß man besonderen Wert gerade auf seinen angesehenen Namen lege — ah, es war zu dumm, daß er so wenig flüssig hatte.

Ein Landhaus am Rhein — hinten in den illustrierten Blättern, die man im Winter las, waren öfter welche zum Kauf angeboten, mit Park und Wiesen — sie wurde ganz blaß.

„Warum hast du nicht auf mich gehört, als du das Geld hergabst für die Heidestelle da draußen? Meta und Harm Folkers, die hätten es auch anderswo bekommen! Jetzt sitzt es fest."

Er fuhr sich ärgerlich durch den Bart: „Ja, du hast recht. Aber konnte ich das abschlagen?"

„So —," sagte sie, „und deine Kinder, gehen die nicht vor?"

Und während er auf und ab rannte durch die Stube, hielt sie ihm in langer Reihe vor, was er alles an andern Gutes getan hatte, und jede gute Tat wurde zu einem Unrecht an seinen Kindern. Er war ganz zerknirscht. Was für ein Rabenvater war er gewesen. Ja, das mußte anders werden.

„Wenn ich jetzt das Geld kündige — meinst du, daß es ihnen schwer fallen wird?" — „Ich will nichts dazu sagen," sagte sie, „aber sie können sich ja leicht an anders jemand wenden."

Ja, das konnten sie vielleicht. Er wollte jedenfalls einmal mit Meta darüber sprechen. (Forts. folgt.)

Fernsprechteilnehmer diesen Kreditauftrag bei der Post gestellt, so kann er das weitere abwarten. Die Post zieht die einmalige Einschreibegebühr ein, ebenso die vierteljährlichen, postnumerando zahlbaren Vergütungen gleichzeitig mit den Fernsprechgebühren.

Wenn der Fernsprechteilnehmer den Anschluß vor Ablauf der zehnjährigen Frist aufgibt, so zahlt die Post den Beitrag an die Deutsche Volksversicherung zurück und der Fernsprechteilnehmer ist für die künftige Zeit von jeder weiteren Verpflichtung befreit. Er kann seinerseits auch zu jedem Quartalserſten den Beitrag bei der Post selbst einzahlen und dadurch das Vertragsverhältnis mit der Deutschen Volksversicherung beenden.

Unsere Sängerchöre.

Vor einiger Zeit beschlossen unsere Bezirksleitungen, die Genossen aufzufordern, Sängerchöre zu bilden. Dieser Beschluß ist eine Abwehrmaßnahme und hat ihren Grund in dem Verhalten der einzelnen Arbeiterchöre des A. S. B.

Während früher ein Beschluß bestand, daß die S. P. D. bei ihren Veranstaltungen seitens der im A. S. B. organisierten Vereine zu boykottieren sei, milderte man dieses Vorgehen nach außen insofern, als man den Vereinen freistellt, überall mitzuwirken. Dies ist jedoch nur ein für die nicht informierte Oeffentlichkeit berechnetes Beschluß gewesen. In der Praxis dachte kein Mensch daran, in Zukunft auch die S. P. D. zu unterstützen. Obwohl in diesen Vereinen eine ganze Anzahl S.-P.-D.-Mitglieder tätig sind, stimmt die Mehrzahl der Mitglieder stets gegen die S. P. D. Andererseits legten sie aber statutarisch auch ihren S.-P.-D.-Mitgliedern die Pflicht auf, bei den Veranstaltungen der U. S. P. D. mitzuwirken.

Parteigenossen! Berücksichtigen wir die erwähnten Vorgänge, so muß es uns sofort klar sein, daß die Gründung unserer Chöre eine Notwendigkeit ist. Eine Notwendigkeit, um unseren Parteimitgliedern, die sich bei der Ausübung des Gesanges radikalen Zwangsmaßnahmen fügen müssen, Gelegenheit zu geben, im Kreise ihrer Genossen zu singen, und um unsere Feste durch Gesang zu verschönen.

Aus diesen Notwendigkeiten ergibt sich für jeden Parteigenossen die Pflicht, hinauszugehen aus den Chören mit radikaler Mehrheit, und zum anderen: Hinein in die Chöre der S. P. D.!

Genossen! In allen Bezirken entstehen unsere Chöre. Einzelne sind schon fleißig an der Arbeit. Meldet euch bei euren Funktionären! Tretet bei aktiv oder passiv! Zeigt, daß wir noch stark sind!

P. H.

Das Werkzeuglager im — Magen. Ein Geistesschwacher, der sich im Gefängnis selbst operieren wollte, wurde in der Person des Kraftwagenführers Willi Pansin der 1. Strafkammer des Landgerichts II vorgeführt, um sich wegen schweren Diebstahls zu verantworten. Der Angeklagte, der eine sehr abenteuerliche Vergangenheit hinter sich hat, war im Felde mehrfach verwundet worden, kam nach Ausbruch der Revolution nach Berlin und war hier längere Zeit Chauffeur bei dem Polizeipräsidenten. Er wurde dann später bei einem Einbruch in ein Möbelgeschäft in der Belle-Alliance-Straße abgefaßt. Mehrere mit Pistolen und Handgranaten bewaffnete Verbrecher waren im Auto vorgefahren und hatten die Kontorräume bereits erbrochen, als sie durch die Polizei überrascht wurden. Es kam zu einem heftigen Feuergefecht, bei dem ein Einbrecher namens Winzer erschossen wurde. Pansin wurde in das Stadtvogteigefängnis eingeliefert und spielte hier den „wilden Mann", indem er einen, wie die Röntgenaufnahme ergibt, 18 Zentimeter langen Löffelstiel, Nägel, Schrauben und alle möglichen andere Dinge verschluckte. P. weigerte sich, eine Operation an sich vornehmen zu lassen und wurde dann eines Tages blutüberströmt in seiner Zelle gefunden. Es ergab sich, daß P. mit einem Messer, das er sich irgendwie beschafft hatte, sich selbst den Leib aufgeschlitzt hatte, um, wie er sagte, sich selbst zu operieren. Der Staatsanwalt beantragte 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus, während Rechtsanwalt Dr. Puppe unter Hinweis auf das Gutachten des Sachverständigen und die Tatsache, daß sich der Angeklagte, der sich in Lebensgefahr befinde, auf eigene Kosten operieren lassen wolle, eine milde Strafe und Haftentlassung für geboten hielt. Das Gericht erkannte auf 8 Monate Gefängnis und hob den Haftbefehl sofort auf.

Ein Chemiker als Einbrecher verhaftet. In der Nacht zum 25. v. M. war ein Dieb in den Operationssaal der Fürsorgeerziehungsanstalt in Strausberg eingedrungen und hatte daraus sämtliche ärztlichen Instrumente gestohlen. Die Nachforschungen der Kriminalpolizei ergaben, daß der Chemiker Karl Bernfeld diesen Einbruch ausgeführt hatte. Er wurde gestern von der Neukölner Kriminalpolizei festgenommen. Die gestohlenen Instrumente hatte er bereits weiterverkauft, doch konnten sie wieder herbeigeschafft werden.

Ein reisender Schwindler, der seit mehr als drei Jahren sein Unwesen getrieben hat, konnte jetzt endlich in Schöneberg unschädlich gemacht werden. Der Verhaftete, ein 34 Jahre alter Hubert Ahrweiler, hatte es auf Familien abgesehen, die Angehörige im Auslande haben. Diesen stellte er sich als Zoll- oder auch Bankbeamter vor und machte ihnen die Mitteilung, daß aus Amerika ein Paket für sie eingetroffen sei. Außerdem händigte er ihnen noch Vollmachten aus, worauf sie einen gleichzeitig mit dem Paket eingegangenen größeren Geldbetrag ausgezahlt erhalten sollten. Er verlangte dann regelmäßig 75 bis 100 M. für ihm erwachsene Unkosten, die ihm dann auch in der ersten Freude bereitwilligst gezahlt wurden, um so mehr, als er den Leuten versprach, für Uebersendung der Pakete und des Geldes weiter Sorge tragen zu wollen. Der Gauner, der sich immer andere Namen beilegte, ist nach den bisherigen Ermittlungen in Karlsruhe, Stuttgart, Liegnitz, Breslau, Leipzig, Schkeuditz, Görlitz, Frankfurt a. M. und Berlin aufgetreten. In Küstrin war es gelungen, den Schwindler einmal abzufassen. Weil dort aber seine anderen Straftaten nicht bekannt waren, kam er mit einer geringen Strafe davon. Nach deren Verbüßung nahm er sofort den einträglichen Schwindel wieder auf, bis er gestern in Schöneberg wieder ergriffen wurde.

Durch ein rasendes Auto, das dem Kommerzienrat L. vom Hohenzollerndamm gehörte, wurde gestern der Tischler Kute aus der Grünstraße in Charlottenburg an der Ecke der Bismarck- und Fritschestraße überfahren und schwer verletzt. Mit einem Unterschenkelbruch und anderen Verletzungen fand der Verunglückte Aufnahme in der Rettungsstation. — Bei dieser Gelegenheit wäre die Frage erlaubt, ob gegen das in letzter Zeit sich wieder sehr bemerkbar machende blinde Wüten der Automobile in den Verkehrsstraßen nicht noch Polizeivorschriften bestehen, oder warum man gerade diese Bestimmungen seltsamerweise durch die Revolution abgetan glaubt?

Verlorene Stempelmarken. Einem armen Privatangestellten sind Stempelmarken, die ihm nicht gehörten, im Betrage von 41 481,50 M. von der Spandauer Str. 56 bis zur Potsdamer Str. 127 und von dort nach der Leipziger Str. 19 abhanden gekommen. Es wird gebeten, die Stempelmarken, die für dritte wertlos sind, im Anwaltsbureau, Leipziger Str. 19, abzugeben.

Die Busch-Saison wird eröffnet! Da der Direktor Stosch-Sarrasani den für das Frühjahr in Aussicht gestellten Schiffsraum zur Uebersiedelung nach Amerika jetzt noch nicht erhalten konnte, wird er am 25. September sein Engagement im Zirkus Busch mit seinem gesamten Tiermaterial und seiner mehrköpfigen Künstlerschar antreten.

Theateraufführung. Am Sonntag, den 26. September 1920, nachmittags 3 Uhr, „Die Weber" von Gerhard Hauptmann. Eintrittskarten a 3,00 M. im Bureau des Bildungsausschusses, Lindenstraße 3, II. Hof, IV. Zimmer 10. Geöffnet von 9—4 Uhr, Donnerstag von 9—1 und 4—7 Uhr.

Die Lichtbildervorträge über einheimische Pilze und ihre Verwerrung will Herr Roman Schulz noch zweimal, am Donnerstag, den 23. und Sonnabend, den 25. September, abends 7 Uhr, im Märkischen Museum halten. Um einer Ueberfüllung des Saales vorzubeugen, werden vom 18. d. Mts. ab in der Zeit von 10—3 Uhr Eintrittskarten zu den Vorträgen unentgeltlich im Märkischen Museum ausgegeben. Nur mit Karten versehene Personen haben Zutritt. Die Pilzausstellung findet vom Mittwoch, den 15. d. Mts. bis Mittwoch, den 22. statt.

Bezirksbildungsausschuß. Am Sonntag, 19. September, vormittags 10 Uhr im Festsaal des Charlottenburger Rathauses, Berliner Straße 72/73, Konferenz der örtlichen Bildungsausschüsse, der Berliner Bildungskommission und der außerdem schriftlich eingeladenen Genossinnen und Genossen. Tagesordnung: 1. Wesen und Grundlage der sozialistischen Bildungsarbeit. Referent: Genosse Dr. Franz Diederich. 2. Parteischule—Volkshochschule. Referent: Sekretär Albert Horlitz.

Verband sozialistischer Lehrer. Heute 7 Uhr Hinter der Garnisonkirche: Vollsitzung. Wichtige Entschließung. Federhalter und Gaulle mitbringen.

Wohnungsnot und Arbeitsnot.

Aus Neuköllns letzter Stadtverordnetenversammlung.

Die Stadtverordnetenversammlung hatte gestern noch eine lange Reihe von Nachbewilligungen zu beschließen, die meist durch Preissteigerungen und Lohnerhöhungen bedingt sind. — Der Spezialfonds, aus dem die Teuerungszulagen und Ausgleichszulagen für Beamte und Bedienstete und die Gehälter für nichtständige Angestellte gezahlt werden, wurde um weitere 10 Millionen Mark verstärkt. Sie sollen bis 30. September d. J. reichen und sind größtenteils bereits ausgegeben. — Dem neuen, aus den Beratungen der Berliner Großen Deputation hervorgegangenen Lohntarif der Gemeindearbeiter wurde für Neukölln zugestimmt. Er gilt vom 1. April bis 31. Oktober d. J. und ist bereits in Kraft getreten. Die erforderliche Jahresmehrausgabe beträgt rund 3 Millionen Mark.

Ohne viele Worte wurden dann zwei Magistratsvorlagen angenommen, die zur Bekämpfung der Wohnungsnot beitragen sollen. Bewilligt wurden 3½ Millionen Mark zur Errichtung von 18 Holzhäusern. Zugestimmt wurde auch dem großen Wohnungsbauprogramm, das (wie im „Vorwärts" schon mitgeteilt ist) mit einem Kostenaufwand von 50 Millionen Mark 641 Wohnungen schaffen will. Zunächst sollen 34⁶⁄₁₀ Millionen aus einer neuen Anleihe bereitgestellt werden. —

Die Fortführung der Notstandsarbeiten (Brückenbauten, Kranaulagen, Kanalerweiterung, Industrie- und Hafenbahn usw.) erfordert weitere 12 Millionen Mark. Sie wurden bewilligt und sollen aus einer neuen Anleihe entnommen werden. In der Debatte erklärte auf eine Anfrage der Stadtbaurat Hahn, daß die Neuköllner Untergrundbahnstrecke im Sommer 1921 fertig wird. Zu der Frage, ob bei Notstandsarbeiten die über 6 Monate beschäftigten Ledigen durch verheiratete Arbeitslose ausgewechselt werden sollen, bemerkte Radike (U. Soz.), der Direktor des Arbeitsamts: dieser Vorschlag ist von allen in Betracht kommenden Instanzen der Arbeiterschaft abgelehnt worden, ebenso der Vorschlag einer aus Stadtverordneten, Magistratsmitgliedern, Gewerkschaftsvertretern und Betriebsräten zusammengesetzten Kommission, die Arbeitszeit auf 6 Stunden zu verkürzen, um mehr Arbeiter einstellen zu können. Es bleibt zur Abhilfe nur das Mittel übrig, mehr Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Neumann (Soz.) stellte fest, daß im Arbeitsamt der Auswechselungsbeschluß von den Vertretern aller Fraktionen und auch des Arbeitslosenrats einstimmig gefaßt worden und der Magistrat ihm einstimmig beigetreten ist. Er bedauerte, daß die Notstandsarbeiter, ihren früheren Abmachungen mit dem Magistrat zuwider, hinterher die Auswechselung abgelehnt haben. Sie sei dringend nötig im Interesse der vielen Verheirateten, die seit langem auf Arbeit warten.

Zu einer langen Debatte führten zwei Magistratsvorlagen auf Bereitstellung eines Kredits von 10 Millionen Mark für die Neuköllner Stadtbaugesellschaft und eines weiteren Kredits von 8 Millionen Mark für die Neuköllner Großhandelsgesellschaft. Den „Mittelstandsvertretern", die ihren Verdruß über diese Schöpfungen der Stadt auch diesmal wieder bekunden zu sollen glaubten, traten Heitmann (Soz.) sowie Bürgermeister Scholz und Stadtrat Lange entgegen. Die Kredite wurden bewilligt.

Eine dringliche Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion forderte vom Magistrat Auskunft wegen der bei den Feuerwehren Groß-Berlins sich bemerkbar machenden Bestrebungen, die Feuerwehr zu verstaatlichen. In der Begründung führte Wermuth (Soz.) aus, daß die Offiziere der Feuerwehr den Wunsch haben, sie dem Einfluß der Kommunen zu entziehen. Zu fürchten sei, daß bei einer Verstaatlichung die Mannschaften in das frühere Hörigkeitsverhältnis zurückgedrängt werden. Solche Versuche habe der Magistrat abzuwehren. Stadtrat Mier antwortete, das sei auch die Ansicht des Magistrats, und der Leiter der Neuköllner Feuerwehr habe jene Bestrebungen nicht unterstützt.

Aus den sonstigen Verhandlungen sei noch erwähnt, daß dem Projekt eines zentralen Fürsorgehauses für Neukölln zugestimmt und die Mittel zur Bekämpfung der Rattenplage bewilligt wurden.

Die Sitzung wurde vom Vorsteher Wermuth geschlossen mit einer Abschiedsansprache. In dieser letzten Sitzung vor dem Aufgehen Neuköllns in Groß-Berlin wies er auf die Stellung hin, die Neukölln unter den Groß-Berliner Gemeinden eingenommen hat. Daß Neukölln sozusagen ein Reservoir für die in Groß-Berlin Arbeitenden war, erschwerte der Gemeinde die Erfüllung ihrer Aufgabe. Trotzdem hat sie Einrichtungen zu schaffen vermocht, die anderen Gemeinden Groß-Berlins als Vorbild dienen können. Aus den werdenden Betrieben, die Neukölln sich schuf, brachte es die Mittel für die Kulturaufgaben auf.

Lichtenberg. Heimkehr der Kinder vom Landaufenthalt. Die Rückbeförderung der vom städtischen Wohlfahrtsamt zum Landaufenthalt entsandten Lichtenberger Kinder soll in Begleitung von Lehrpersonen wie folgt stattfinden: 1. Kinder aus Ostpreußen am Donnerstag, den 30. September; 2. aus den Kreisen Ostprignitz am Mittwoch, den 6. Oktober, und Greifenhagen am Freitag, den 8. Oktober; 3. aus den Kreisen Ruppin und Weststernberg am Freitag, den 8. und Sonnabend, den 9. Oktober 1920. Nähere Mitteilung geht den Landgemeinden und den Eltern zu. Soweit einzelne Kinder im Einvernehmen mit den Pflegeeltern noch länger auf dem Lande bleiben sollen, ist dem Wohlfahrtsamt baldigst Mitteilung zu machen. Die Beförderung erfolgt zum 4. Teil des Fahrpreises der 4. Klasse in der 3. Wagenklasse. Es ist Aufgabe der Eltern, ihre Kinder mit dem notwendigen Reisegeld auszustatten. Eine persönliche Rückmeldung der im Transport zurückkehrenden Kinder beim Wohlfahrtsamt ist nicht erforderlich; Lebensmittelkarten können vielmehr bei der Ausgabestelle in der Schule — Scharnweberstraße — unter Vorlage des Stadtkinderausweises ohne weiteres in Empfang genommen werden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, 18. September:

31. Abt. 8 Uhr, Parteifunktionäre und Betriebsvertrauensleute, Sitzung bei Goldschmidt, Stolpische Straße 36.

42. Abt. Betriebsvertrauensleute und Funktionäre, 6 Uhr bei Behrens, Tegeler Straße 22.

Charlottenburg. Jeden Sonnabend von ½5—6 Uhr im Sekretariat, Rosinenstraße 4, Juristische Sprechstunde. — Die in dieser Woche geplanten Frauen-Leseabende fallen wegen der am Donnerstag im „Volkshaus" stattfindenden Frauenversammlung aus.

Neukölln. 5. Abt. 7½ Uhr, Funktionärsitzung bei Günzel, Mareschstr. 1.

Morgen, 19. September:

6. Abt. Führung durch das Museum für Völkerkunde. Treffpunkt: vormittag 9 Uhr am Eingang Königgrätzer-, Ecke Prinz-Albrecht-Str.

Arbeiter-Kinder-Bund Moabit. Nachmittags 4 Uhr, Erstes Stiftungsfest bei Schmidt, Wiclefstraße 17. Reigentänze, Deklamationen (Münchhausen in 20 Gedichten). Gäste willkommen.

Neukölln. Flugblattverbreitung für die Ersatzwahlen der Elternbeiräte. Die Genossen wollen sich recht zahlreich daran beteiligen, da das Flugblatt, welches zu einer allgemeinen Elternversammlung am 21. September einladet, unter allen Umständen am Sonntag verbreitet werden muß.

Jugendveranstaltungen.

Heute ½7 Uhr wichtige Kassiererkonferenz Zentraljugendheim, Lindenstr. 3, 3. Hof I 3 Tr.

Sonntag, 19. September.

Wanderungen: Brit. Königswusterhausen—Krüpelsee. Treffpunkt 5 Uhr Germaniapromenade. — **Friedrichshagen.** Schmöckwitz. Treffpunkt 6 Uhr Bootsstand. — **Niederschöneweide.** Pferdebucht, Sanssouci. Treffpunkt 7 Uhr Bahnhof. — **Südwest.** Finkenkrug. Treffpunkt 6 Uhr Blücherplatz. — **Westen.** Finkenkrug—Nauen. Treffpunkt 6 Uhr Hochbahnhof Bülowstraße.

Aus aller Welt.

Aus Königlich-Ungarn.

In Szegedin wurde der Inspektor Adam Paleta wegen Aufreizung zu sechs Monaten Kerker verurteilt, weil er im Mai v. J., als die gegenrevolutionäre Regierung in Szegedin die nationale Armee anzuwerben im Begriff stand, mehreren Mitgliedern der neuen Armee zugerufen hatte: „Legt diese Vogelscheuchen-Adlerfedern ab, die Roten werden ja ohnehin bald hier sein!"

Oskar Levai und seine drei Genossen wurden vier Monate nach der Urteilsfällung hingerichtet. Während dieser Zeit wurde Levai entsetzlich gemartert. In 26 Pfund schweren Ketten wurde er spazieren geführt, so daß er seine Ketten ständig gebückt schleppen mußte. Die zum Tode Verurteilten zu Tode zu quälen — dies ist die Art des unverfälschten Christentums der Horthy-Leute.

Die Budapester Portierfrau Kirvan wurde wegen Beleidigung des Reichsverwesers in Haft gesetzt. Im Zusammenhang damit wurden auch der Fabriksbetriebsleiter Andreas Sandor, der Eisengießer Josef Kemeny, der Privatbeamte Aladar Kiraly, der Tischler Ludwig Katono und der Kellner Josef Szanto verhaftet.

Hölz in Deutschösterreich. In Berlin sind zuverlässige Nachrichten eingetroffen, daß Max Hölz aus der Tschechoslowakei nach Deutschösterreich entkommen ist.

Liebe deinen Nächsten. In der berühmten niederösterreichischen Wallfahrtskirche von Maria-Zell predigte am 1. September um 8 Uhr abends der Pfarrer Berger aus Graz. Der Gottesmann sprach über die — Wahlen und sagte, wie ein Parteigenosse in der Wiener-Neustädter „Gleichheit" berichtet: „Für Anhänger des Christentums, hört, am 17. Oktober müssen wir die roten Hunde niederschlagen, und wenn es sein muß, mit Gewalt . . ." In diesem Tone ging es auch weiter.

Verurteilung eines Marokkaners. Fräulein Eva L. in Weisenau bei Mainz wurde am Morgen des 1. Mai 1920, als sie von der elterlichen Wohnung nach dem Bahnhof ging, um nach Wiesbaden zur Arbeit zu fahren, von einem marokkanischen Posten in einen Fuhrpark an der Straße gezogen, zwischen zwei Wagen eingezwängt und dann vergewaltigt. Das Kriegsgericht in Mainz hat den Verbrecher, den Marokkaner Abdur Rahman, am 23. Juli zu 10 Jahren Zwangsarbeit, militärischer Degradation und 10 Jahren Aufenthaltsverbot verurteilt.

Die Diebstähle im Dresdener Schloß. Die beiden kostbaren Porzellanvasen, die vor einiger Zeit aus dem Dresdener Königsschloß gestohlen wurden, sind bei einem Berliner Händler aufgefunden worden und demnächst nach Dresden zurückgesandt. Als Diebe kommen ein gewisser Heinert und drei andere Männer in Betracht, die unter dem ehemaligen „revolutionären Schloßkommandanten" Fries im Dresdener Schloß tätig waren. Fries selbst hat sich viele Unterschlagungen zuschulden kommen lassen und wertvolle Teppiche aus dem Königsschloß gestohlen, verkauft und durch wertlose ersetzt. Sämtliche Diebe befinden sich hinter Schloß und Riegel.

Aus dem Gericht gestohlen. Die 48 Eisenbahner, die vor der Düsseldorfer Strafkammer stehen, hatten u. a. auch große Mengen Stoffe gestohlen. Ein Teil dieser Tuche war jetzt zur Verhandlung ins Gerichtsgebäude geschafft worden. Freitag morgen machte man die Entdeckung, daß die Tuchballen verschwunden waren. Sie waren in der vergangenen Nacht gestohlen worden.

Quäkerhilfe für die Kinder des Ruhrreviers. Die Quäkerhilfsmission wird voraussichtlich bis zum nächsten Frühjahr fortgesetzt werden. Im Ruhrrevier wurden an unterernährte Kinder von Mai bis Mitte Juni täglich 150 000 Portionen, bis zum 1. August täglich 250 000 Portionen und während der Ferien täglich 50 000 Portionen verabreicht. Der Gesamtbetrag der Aufwendungen für die unterernährten Kinder des Ruhrgebiets wird auf 35—40 Millionen Mark geschätzt.

Sport.

Ein neuer Sport- und Spielplatz wird in nächster Zeit in Zehlendorf entstehen. Der Zehlendorfer Turn- und Sportverein von 1888 e. V. hat zu diesem Zweck ein unmittelbar an den städtischen Ballspielplatz an der Spandauer Straße angrenzendes Gelände von etwa 200×125 Meter Größe erworben. Vorgesehen sind außer einer 400 Meter langen Aschenlaufbahn ein Platz für Fußball und Hockey, Tennisplätze usw. Mit der Herstellung des Sportplatzes ist bereits begonnen worden.

Das deutsche Steher-Derby. Das neu geschaffene klassische Rennen, das am Sonntag, den 19. September, auf der Olympia-Radrennbahn zum Austrag gelangt, führt über die Strecke von 100 Kilometer und wird in 2 Läufen von 40 und 60 Kilometer ausgefahren. Ein Vorgabefahren mit zirka 30 Fahrern beschließt das reichhaltige Program. Die Rennen beginnen um 3 Uhr.

Freier Wanderbund. Sonntag, den 19. September, Fahrt nach Wildpark. Abfahrt morgens 5⁸⁸, Schlesischer Bahnhof (Stadtbahn), Potsdam umsteigen. Abfahrt 6⁴⁴ abends Potsdamer Fernbahnhof.

Briefkasten der Redaktion.

Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage füge man einen Buchstaben und eine Nummer bei. Briefliche Auskunft wird nicht erteilt. Eilige Anfragen trage man in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3, 1. Hof parterre links, vor. Schriftstücke und Verträge sind mitzubringen.

L. L. 21. 1. und 2. Ja. — **P. P. 99.** Nein. — **W. H. 62.** a) Ja. b) Sie sind zur Zahlung verpflichtet. — **N. 22.** Die Kürzung darf erst von dem Zeitpunkte an erfolgen, an dem eine Entlassung nach den gesetzlichen oder vertraglichen Bestimmungen zulässig wäre. In Ihrem Falle kommt die 14tägige Kündigungsfrist nur in Frage, wenn der Tarifvertrag keine andere vorsieht. — **Stargard i. P.** 1. Bis 65 M. 2. Wenn Ihr Hauswirt sich weigert, bleibt nur der Klageweg übrig. Ihr Anspruch ist aber äußerst zweifelhaft. 3. Ihre Tochter muß ihren Austritt ebenfalls erklären. Bis zum Schluß desjenigen Kalendervierteljahrs, in dem der Austritt erfolgt. — **Meyer, Kontopp.** Der Abzug ist berechtigt. — **Nr. 1.** 1. Zweifelhaft. Fragen Sie bei den Gerichten an. 2. Nein. — **M. 41.** 1. Ja, wenn die Erbschaft zum Zwecke der Wahl des Pflichtteils ausgeschlagen wird. 2. Nein. 3. Die Hälfte des Erbteils. 4. Nein, sofern das Testament darüber keine Bestimmungen enthält. — **J. M. 100.** 1. 1,10 M. 2. 1,40 M. — **E. N. 75.** Die Zahlung muß erfolgen. — **W. M. 387.** Die Geschäftsstelle des Arbeiter-Samariterbundes befindet sich W 57, Dennewitzstr. 8 IV; dort erfahren Sie näheres. —

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittag. Mild und vielfach heiter, aber veränderlich, bei mäßigen südwestlichen Winden. Im Norden noch öfter wiederholte, im Süden mehr vereinzelte, meist geringe Regenfälle.

Für Oberschlesien und das Saargebiet.

Die Preußische Landesversammlung erledigte am Freitag zunächst

Kleine Anfragen.

Auf Anfrage **Haas** (Soz.) über **Anwerbungen für die französische Fremdenlegion** bestätigt ein Regierungsvertreter, daß solche Werbungen vorkommen. Die Regierung werde alles Erforderliche zur Abhilfe tun und in Paris Vorstellungen erheben. — Auf Anfrage von Frau Arendsee (U. Soz.) erwidert ein Regierungsvertreter, daß sich die Entlassung von Buchbindern bei der Staatsbibliothek nicht vermeiden lasse, da die Bibliothek Finanzschwierigkeiten habe. — Entgegen einer Anfrage Lüdicke (Dnat. Vp.) erklärt die Regierung, daß in keiner Weise versucht worden sei, den Saarbarsangegner Dr. Dreuw durch Bestechung zu einer anderen Stellungnahme zu veranlassen. — Auf Anfrage Ludwig (U. Soz.) über den Schriftsteller Minster, der heimlich aus dem besetzten Gebiet fortgeschafft und verhaftet worden sei, erklärt die Regierung, daß der Betreffende sich als Amerikaner bezeichnet und Handlungen verübt habe, auf die sich eine Anklage wegen Hochverrat stütze. — Auf Anfrage Schreck (Soz.) sagt die Regierung zu, der Anregung auf Schaffung von Jugendherbergen zur Förderung des Jugendwanderns Folge leisten zu wollen.

Es folgt die Beratung des gemeinschaftlichen Antrages aller Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen über

Oberschlesien.

Die Regierung soll die friedliche Berufstätigkeit der deutschen Staatsbürger in der Provinz Oberschlesien vor polnischen Uebergriffen und Gewalttätigkeiten unbedingt schützen und sichern, daß die Volksabstimmung unbeeinflußt von jeglichem Terror ruhig vor sich geht und Deutschland und Preußen davor bewahrt bleibe, daß die für das deutsche Wirtschafts- und Staatsleben unentbehrliche Provinz Oberschlesien uns ohne Abstimmung von den Polen gewaltsam entrissen wird.

Abg. Dr. **Porsch** (Z.): Meine Fraktion hat einstimmig den dringenden Wunsch, daß jetzt

jetzt keine Besprechung

der oberschlesischen Verhältnisse stattfinde. Wir werden uns daran nicht beteiligen. Ich habe lediglich namens meiner Fraktion zu bitten, dem sehr berechtigten vorliegenden Antrage zuzustimmen.

Abg. **Conrad** (Dnat. Vp.): Wir halten im Gegenteil für notwendig, daß einmal über die unhaltbaren Zustände in Oberschlesien gesprochen wird. Auffallenderweise hat

General Le Rond

noch keine Stellung zu dem Vorwurf genommen, er habe der französischen Regierung berichtet, daß die deutsche Regierung die Unruhen in Oberschlesien provoziere. Er hat auch bis heute noch nicht klipp und klar erklärt, daß der bekannte Brief der „Breslauer Morgenzeitung" eine grobe Fälschung sei.

Vizepräsident Dr. **v. Kries** verliest ein Telegramm aus Sagan, das die Aufforderung enthält, dem verbrecherischen Treiben der Franzosen und Polen in Oberschlesien mit allen Mitteln ein Ziel zu setzen. (Beifall rechts.)

Abg. Scholich-Breslau (Soz.):

Das soeben verlesene Telegramm kann ich als Oberschlesier in seinem ganzen Umfang nicht billigen. (Lebhaftes Hört, hört! rechts.) Weisen Sie (nach rechts) doch einmal Verbrechen nach, die von den Franzosen in Oberschlesien verübt wurden! Durch solche provozierenden Telegramme dient man der Sache Oberschlesiens nicht. Ein derartiges unvernünftiges Vorgehen kann uns nicht weiterbringen. Ich habe als Oberschlesier selbst das lebhafteste Interesse, daß Oberschlesien deutsch erhalten bleibt, aber gerade deswegen darf

nicht mit unzweckmäßigen Uebertreibungen

oder unbeweisbaren Behauptungen gearbeitet werden. Von dieser Stelle aus betone ich, daß wir oberschlesischen sozialdemokratischen Agitatoren genau das gleiche Recht haben, wie die Polen, und daß wir uns dieses Recht auch von Korfanty nicht nehmen lassen.

„Wir sind die Herren des Landes!"

ist eine ungeheuer freche Anmaßung. (Sehr richtig!) Der Wunsch meiner Parteifreunde und der Gewerkschaften, eine paritätische Kommission aus Deutschen und Polen zu bilden, ist leider noch nicht erfüllt, so sehr wir uns auch darum bemühen, und deswegen herrschen immer noch Unruhe und Streik in Oberschlesien. Ich fordere die gesamte friedliebende Bevölkerung auf zum

Kampf gegen das Banditentum.

Redner legt zum Beleg seiner Behauptung über verschiedene Vorkommnisse Photographien auf den Tisch des Hauses. — Der deutsche Abstimmungskommissar hat erst jüngst ausdrücklich betont, daß die deutschen Parteien immer auf dem Boden der Gesetzmäßigkeit geblieben sind und auch weiterhin bleiben. Dem gab auch der sozialdemokratische Bezirkstag am letzten Sonntag Ausdruck, wo wir jedes nationalistische Treiben ablehnten und die Forderung aufstellten, daß nicht Loslösung Oberschlesiens vom Reich die Parole sei, sondern die

Gleichberechtigung aller Bewohner

unseres Heimatlandes. Zur Abstimmung selbst fordern wir vollkommene Freiheit jeder Ueberzeugung und hoffen, daß **kein deutscher Oberschlesier, er möge sonst stehen, wie er wolle, seine Pflicht versäume, sondern am Tag der Abstimmung sich ausnahmslos zum deutschen Vaterland bekenne.** (Lebhafter Beifall.)

Ministerpräsident Braun:

Mit inniger Anteilnahme und tiefer Empörung verfolgt die Regierung den Kampf der oberschlesischen Bevölkerung gegen die polnische Soldateska und die aufgehetzte polnische Volksmenge. Die Regierung ist dauernd bemüht, die Oberschlesier zu schützen und diese wichtige Provinz dem Vaterlande zu erhalten. Das wird auch in Zukunft geschehen. Direkte Verhandlungen mit den Alliierten sind allerdings Aufgabe der Reichsregierung. Auch sie ist für Oberschlesien energisch eingetreten. Ob durch eine **schärfere Tonart** etwa mehr zu erreichen wäre, möchte ich im Hinblick auf die ungleichen Machtverhältnisse bezweifeln. Taten, wie sie in

Breslau

vorgekommen sind, helfen den Oberschlesiern jedenfalls garnicht. (Lebhafte Zustimmung links.) Die Vorkommnisse in Oberschlesien zeigen, daß das **Versailler Gewaltdiktat nur der Völkerzerfleischung dient.** Der Friede wird hier zur blutigen Posse herabgewürdigt. Alle Nachrichten aus Oberschlesien beweisen, daß die Polen versuchen, mit Gewalt zu erwerben, was sie durch Abstimmung nicht mehr glauben erlangen zu können. Sie scheinen wenig Vertrauen in die Werbekraft ihrer nationalen Idee zu setzen. (Sehr richtig!) Die Interalliierte Kommission zeigt, daß sie nicht willens ist, das oberschlesische Volk vor polnischen Brutalitäten zu schützen. Wir rufen die

Entente zur Erfüllung ihrer Pflichten

auf, die deutschgesinnte Bevölkerung vor polnischem Terror und den Schandtaten polnischer Mordbuben zu schützen. (Lebhafter Beifall.) Wir danken den Oberschlesiern für die Standhaftigkeit, mit der sie die Fahne des Deutschtums gegen den Ansturm des Polentums hochhalten. (Erneuter Beifall.) Mit dem Herzen sind wir bei ihnen. Wenn sie aushalten in diesem Kampfe, wird die Abstimmung sich zu einem Sieg des Deutschtums gestalten. (Lebhafter Beifall.)

Abg. **Grund** (Dem.): Die Deutschen stehen recht- und schutzlos da gegen polnische Uebergriffe.

Ein Verzweiflungsschrei

ertönt aus Oberschlesien. Meine Freunde werden der Regierung bei allen Maßnahmen zum Schutze der Deutschen in Oberschlesien zur Seite stehen. (Lebhafter Beifall bei den Demokraten.)

Abg. Ziegler (U. Soz.):

Die Kreise, die das Telegramm abgeschickt haben, sind eng mit der „Orgesch" verbunden. Die Stimmung der Arbeiterschaft in Oberschlesien ist erst nach dem Streik für Deutschland ungünstig geworden, als Oberpräsident Hörsing Maßnahmen zugunsten des Kapitalismus anordnete, wie sie jetzt den Polen vorgeworfen werden. Lumpengesindel überall. (Ironische Zustimmung rechts.) Ich erinnere nur an die berüchtigte Folterkammer im Generalkommando. Wir stimmen

gegen den Antrag,

namentlich weil er im ersten Teil nur von polnischen Uebergriffen spricht, und doch haben erst die **deutschen Uebergriffe die polnischen provoziert.**

Abg. **Pischke** (D. V.) schildert auf Grund amtlichen Materials, das von polnischer Seite stammt, die von Posen aus für Oberschlesien betriebene Propaganda. Es handle sich darum, das für die Deutschen in Posen angewandte System auf Oberschlesien zu übertragen.

Der Antrag wird hierauf gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen.

Das Saargebiet.

Es folgt der Antrag aller Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen, die Regierung möge mit der Reichsregierung unverzüglich dahin wirken, daß die Saarbevölkerung vor willkürlicher Beschränkung ihrer persönlichen Freiheit bewahrt wird, die dem Friedensvertrag widersprechenden Ausweisungen zurückgezogen werden und die durch ihn und wiederholte Erklärungen der Saarregierung garantierten Rechte und Freiheiten unbedingt sichergestellt werden.

Abg. Dr. **Bell** (Z.): Im Saargebiet wird rechts- und vertragswidrig verfahren. Das Beamtenstatut hat den Beamten das Koalitionsrecht genommen. Für den Belagerungszustand lag nicht die geringste Veranlassung vor. Alle diese Rechtsbrüche sind nichts als

brutale Französierungsbestrebungen.

Unseren Landsleuten im Saargebiet aber rufen wir zu: Eure Gesinnung ist unsere Gesinnung, Eure Leiden sind unsere Leiden, haltet aus in dem Bewußtsein, daß auch für Euch die Stunde der Erlösung kommt!

Abg. Reese (Soz.):

Der Streik der Beamten und Arbeiter hat gezeigt, daß die Verhältnisse für die Deutschen dort unhaltbar sind. Die Presse war darüber zu einem großen Teil ganz falsch informiert. Die Ursache des Streiks war die Verteidigung der Rechte, die der „Friedensvertrag" ausdrücklich zusichert. Es war bekannt, daß die Saarregierung ein neues Beamtenrecht ausarbeiten wollte, was in der Beamtenschaft schwerste Beunruhigung hervorrief. Es war z. B. möglich, daß Beamte entlassen wurden auf bloße Denunziation hin. Auch das Koalitionsrecht der Beamten war bedroht und sollte noch sehr eingeschränkt werden. Den englischen und französischen Gewerkschaften rufe ich zu, daß sie die gewerkschaftlichen Freiheiten der deutschen Angestellten und Arbeiter niemals anrühren lassen sollen. Die Elemente, die in allen Ländern auf eine Völkerverständigung hinarbeiten, müssen — das sage ich besonders

unseren Freunden in den Ententeländern

— überall versuchen, auf ihre Regierungen im Sinne der Gerechtigkeit und des Ausgleichs einzuwirken.

Ministerpräsident Braun:

Die Bevölkerung des Saargebiets fühlt sich nicht mit Unrecht hart unterdrückt. Das Beamtenstatut entsprach nicht im geringsten den feierlich gegebenen Zusagen, es nahm der Beamtenschaft das Vereins- und Koalitionsrecht, raubte ihr das geregelte Disziplinarverfahren und setzte sie der Willkür der Vorgesetzten aus. Gelegentlich des Streiks ist mit den brutalsten Maßnahmen, ja sogar mit Ausweisungen vorgegangen worden. Leider ist der Regierung gegenwärtig eine Einwirkung auf die Geschicke des Saarlandes zugunsten der deutschen Bevölkerung **unmöglich.** Wenn Beamte durch Maßnahmen der Franzosen Schaden erleiden, wird die Regierung sich ihrer mit dem größten Entgegenkommen annehmen. (Beifall.) Die übrige Saarbevölkerung kann versichert sein, daß die Regierung bemüht sein wird, ihr nach Kräften in ihrer schweren Bedrängnis beizustehen. Das Saargebiet war deutsch und wird allen Bedrängnissen der französischen Eroberer zum Trotz deutsch bleiben.

Abg. **Ommert** (Dem.): Als Saarbrücker Bürger darf ich meine Freude über diese Rede ausdrücken. Das Saargebiet ist rein deutsch und Clemenceau hat seinerzeit **gelogen,** als er von einer **französischen** Bevölkerung sprach. Die „Völkerbundregierung" im Saargebiet ist in Wahrheit

eine Militärdiktatur.

Jeder noch so rückständige Kuli hätte es zurückgewiesen, wenn man ihm so ein Beamtenstatut zugemutet hätte.

Der Antrag wird

einstimmig angenommen.

Dienstag, 2 Uhr: Kleine Anfragen, 3. Lesung der Umlegungsordnung, des Kirchenaustrittsgesetzes, Ergänzungsetat.

Schluß: 7.20 Uhr.

---

8. Nachtrag

zur Satzung der Allgem. Ortskrankenkasse Niederbarnim in Berlin

vom 13. September / 31. Oktober 1913.

Im Absatz III (Satz I) muß es heißen:
„statt 5000 M. . . 15 000 M.

§ 2.

Absatz II Satz 3 muß heißen:
Für Mitglieder derjenigen Ersatzkassen, für die eine Anordnung nach § 518 Absatz I der R. V. O. getroffen war, haben die Arbeitgeber ihren Beitragsteil unmittelbar an die Ersatzkasse abzuführen.

§ 19.

Absatz 1 u. 2 werden gestrichen und an deren Stelle gesetzt:
Die deren Leistungen der Kasse werden nach einem Grundlohn bemessen. Als solcher gilt der nach der verschiedenen Lohnhöhe stufenweise festgesetzte durchschnittliche Tagesentgelt der Kassenmitglieder bis 30.— M. für den Arbeitstag. Zur Festsetzung des Grundlohnes werden die Kassenmitglieder in 12 Stufen eingeteilt:

1. In Stufe I gehören die Kassenmitglieder mit einem täglichen Entgelt bis . . . . . 2,— M.
   oder einem wöchentlichen Entgelt bei 6 Arbeitstagen bis . . . . . 12,— „
   oder einem wöchentlichen Entgelt bei 7 Arbeitstagen bis . . . . . 14,— „
   oder einem monatlichen Entgelt bei 25 Arbeitstagen bis . . . . . 50,— „
   oder einem monatlichen Entgelt bei 30 Arbeitstagen bis . . . . . 60,— „
   einschließlich der ohne Entgelt beschäftigten Lehrlinge.
2. In Stufe II gehören Kassenmitglieder mit einem täglichen Entgelt von . über 2,— M. bis 4,— M.
   oder einem wöchentlichen Entgelt bei 6 Arbeitstagen von . . . . . über 12,— M. bis 24,— „
   oder einem wöchentlichen Entgelt bei 7 Arbeitstagen von . . . . . über 14,— M. bis 28,— „
   oder einem monatlichen Entgelt bei 25 Arbeitstagen von . . . . . über 50,— M. bis 100,— „
   oder einem monatlichen Entgelt bei 30 Arbeitstagen von . . . . . über 60,— M. bis 120,— „
3. In Stufe III gehören Kassenmitglieder mit einem täglichen Entgelt von über 4,— M. bis 6,— „
   oder einem wöchentlichen Entgelt bei 6 Arbeitstagen von . . . . . über 24,— M. bis 36,— „
   oder einem wöchentlichen Entgelt bei 7 Arbeitstagen von . . . . . über 28,— M. bis 42,— „
   oder einem monatlichen Entgelt bei 25 Arbeitstagen von . . . . . über 100,— M. bis 150,— „
   oder einem monatlichen Entgelt bei 30 Arbeitstagen von . . . . . über 120,— M. bis 180,— „
4. In Stufe IV gehören Kassenmitglieder mit einem täglichen Entgelt von . über 6,— M. bis 8,— „
   oder einem wöchentlichen Entgelt bei 6 Arbeitstagen von . . . . . über 36,— M. bis 48,— „
   oder einem wöchentlichen Entgelt bei 7 Arbeitstagen von . . . . . über 42,— M. bis 56,— „
   oder einem monatlichen Entgelt bei 25 Arbeitstagen von . . . . . über 150,— M. bis 200,— „
   oder einem monatlichen Entgelt bei 30 Arbeitstagen von . . . . . über 180,— M. bis 240,— „
5. In Stufe V gehören Kassenmitglieder mit einem täglichen Entgelt von . . . über 8,— M. bis 10,— „
   oder einem wöchentlichen Entgelt bei 6 Arbeitstagen von . . . . . über 48,— M. bis 60,— „
   oder einem wöchentlichen Entgelt bei 7 Arbeitstagen von . . . . . über 56,— M. bis 70,— „
   oder einem monatlichen Entgelt bei 25 Arbeitstagen von . . . . . über 200,— M. bis 250,— „
   oder einem monatlichen Entgelt bei 30 Arbeitstagen von . . . . . über 240,— M. bis 300,— „
6. In Stufe VI gehören Kassenmitglieder mit einem täglichen Entgelt von . über 10,— M. bis 12,— „
   oder einem wöchentlichen Entgelt bei 6 Arbeitstagen von . . . . . über 60,— M. bis 72,— „
   oder einem wöchentlichen Entgelt bei 7 Arbeitstagen von . . . . . über 70,— M. bis 84,— „
   oder einem monatlichen Entgelt bei 25 Arbeitstagen von . . . . . über 250,— M. bis 300,— „
   oder einem monatlichen Entgelt bei 30 Arbeitstagen von . . . . . über 300,— M. bis 360,— „
7. In Stufe VII gehören Kassenmitglieder mit einem täglichen Entgelt von . über 12,— M. bis 15,— „
   oder einem wöchentlichen Entgelt bei 6 Arbeitstagen von . . . . . über 72,— M. bis 90,— „
   oder einem wöchentlichen Entgelt bei 7 Arbeitstagen von . . . . . über 84,— M. bis 105,— „
   oder einem monatlichen Entgelt bei 25 Arbeitstagen von . . . . . über 375,— M. bis 450,— „
   oder einem monatlichen Entgelt bei 30 Arbeitstagen von . . . . . über 450,— M. bis 540,— „
8. In Stufe VIII gehören Kassenmitglieder mit einem täglichen Entgelt von . über 15,— M. bis 18,— „
   oder einem wöchentlichen Entgelt bei 6 Arbeitstagen von . . . . . über 90,— M. bis 108,— „
   oder einem wöchentlichen Entgelt bei 7 Arbeitstagen von . . . . . über 105,— M. bis 126,— „
   oder einem monatlichen Entgelt bei 25 Arbeitstagen von . . . . . über 375,— M. bis 450,— „
   oder einem monatlichen Entgelt bei 30 Arbeitstagen von . . . . . über 450,— M. bis 540,— „
9. In Stufe IX gehören Kassenmitglieder mit einem täglichen Entgelt von . über 18,— M. bis 21,— „
   oder einem wöchentlichen Entgelt bei 6 Arbeitstagen von . . . . . über 108,— M. bis 126,— „
   oder einem wöchentlichen Entgelt bei 7 Arbeitstagen von . . . . . über 126,— M. bis 147,— „
   oder einem monatlichen Entgelt bei 25 Arbeitstagen von . . . . . über 450,— M. bis 525,— „
   oder einem monatlichen Entgelt bei 30 Arbeitstagen von . . . . . über 540,— M. bis 630,— „
10. In Stufe X gehören Kassenmitglieder mit einem täglichen Entgelt von . über 21,— M. bis 24,— „
    oder einem wöchentlichen Entgelt bei 6 Arbeitstagen von . . . . . über 126,— M. bis 144,— „
    oder einem wöchentlichen Entgelt bei 7 Arbeitstagen von . . . . . über 147,— M. bis 168,— „
    oder einem monatlichen Entgelt bei 25 Arbeitstagen von . . . . . über 525,— M. bis 600,— „
    oder einem monatlichen Entgelt bei 30 Arbeitstagen von . . . . . über 630,— M. bis 720,— „
11. In Stufe XI gehören Kassenmitglieder mit einem täglichen Entgelt von . über 24,— M. bis 27,— „
    oder einem wöchentlichen Entgelt bei 6 Arbeitstagen von . . . . . über 144,— M. bis 162,— „
    oder einem wöchentlichen Entgelt bei 7 Arbeitstagen von . . . . . über 168,— M. bis 189,— „
    oder einem monatlichen Entgelt bei 25 Arbeitstagen von . . . . . über 600,— M. bis 675,— „
    oder einem monatlichen Entgelt bei 30 Arbeitstagen von . . . . . über 720,— M. bis 810,— „
12. In Stufe XII gehören Kassenmitglieder mit einem täglichen Entgelt von über 27,— M. . . . und mehr
    oder einem wöchentlichen Entgelt bei 6 Arbeitstagen von über 162,— M. . . . . und mehr
    oder einem wöchentlichen Entgelt bei 7 Arbeitstagen von über 189,— M. . . . . und mehr
    oder einem monatlichen Entgelt bei 25 Arbeitstagen von über 675,— M. . . . . und mehr
    oder einem monatlichen Entgelt bei 30 Arbeitstagen von über 810,— M. . . . . und mehr

Hiernach wird der Grundlohn bis auf weiteres festgesetzt:

für die Stufe	I	auf . . .	2,—	Mark
„ „ „	II	„ . . .	4,—	„
„ „ „	III	„ . . .	6,—	„
„ „ „	IV	„ . . .	8,—	„
„ „ „	V	„ . . .	10,—	„
„ „ „	VI	„ . . .	12,—	„
„ „ „	VII	„ . . .	15,—	„
„ „ „	VIII	„ . . .	18,—	„
„ „ „	IX	„ . . .	21,—	„
„ „ „	X	„ . . .	24,—	„
„ „ „	XI	„ . . .	27,—	„
„ „ „	XII	„ . . .	30,—	

Im § 19 Abs. 6 letzter Satz wird statt „10,— M." „30,— M." gesetzt.

§ 20

wird gestrichen und an dessen Stelle gesetzt:

Als Krankenhilfe wird gewährt:

1. Krankenpflege von Beginn der Krankheit an (vorbehaltlich der Ansprüche nach § 32 Abs. 1 (letzter Satz, 34 u. 67 Ziffer 4); sie umfaßt:
   Ärztliche Behandlung und Versorgung mit Arznei sowie Brillen, Bruchbänder und anderen kleinen Heilmitteln bis zum Höchstbetrage von 100.— M. Die Kasse darf auch größere Heilmittel bis zum Höchstbetrage von 100.— M. oder einen Zuschuß bis zu dieser Höhe gewähren.
   Auch kann die Kasse Hilfsmittel gegen Verunstaltung und Verkrüppelung, die nach beendigtem Heilverfahren nötig sind, um die Arbeitsfähigkeit des Kassenmitgliedes herzustellen oder zu erhalten, bis zur Höhe von 100 M. gewähren.
2. Krankengeld in Höhe des halben Grundlohnes für jeden Arbeitstag, wenn die Krankheit den Versicherten arbeitsunfähig macht. Es wird (vorbehaltlich der Ansprüche nach §§ 27, 32 Abs. 1, letzter Satz, 34, 58—59 und 67 Ziffer 4) vom 4. Krankheitstage, wenn aber die Arbeitsunfähigkeit erst später eintritt, vom Tage ihres Eintritts ab gewährt. Nach sechsmonatlicher Wartezeit (§ 32 Abs. II) wird vorbehaltlich der Ansprüche nach §§ 26, 32 Abs. 1, letzter Satz, 33, 67 Ziffer 3 und 4, Satz 1, 71 dieser Satzung und Ziffer VII der Satzung für die hausgewerbliche Krankenversicherung auch für Sonn- und Feiertage Krankengeld gezahlt.
   Bei Krankheiten, die zum Tode führen, wird das Krankengeld vom ersten Krankheitstage ab gewährt.
   Lehrlingen, die ohne Entgelt beschäftigt werden, wird Krankengeld nicht gewährt.

Das Krankengeld beträgt demnach für die Mitglieder der

Stufe	I	1,— M.
„	II	2,— „
„	III	3,— „
„	IV	4,— „
„	V	5,— „
„	VI	6,— „
„	VII	7,50 „
„	VIII	9,— „
„	IX	10,50 „
„	X	12,— „
„	XI	13,50 „
„	XII	15,— „

Bei einer Krankheit, die Folge eines entschädigungspflichtigen Unfalls ist, wird für die Zeit, für welche Unfallrente oder Heilanstaltspflege gewährt wird, Krankengeld nur so weit gewährt, als es den Betrag der Unfallrente übersteigt. Dabei wird der Unterhalt in der Heilanstalt gleich der Vollrente gerechnet.

Die Krankenhilfe endet spätestens mit Ablauf der sechsundzwanzigsten Woche nach Beginn der Krankheit (sofern diese Zeitdauer nicht durch §§ 26 und 34 Ziffer 2 auf einen kürzeren Zeitraum beschränkt ist), wird jedoch Krankengeld erst von einem späteren Tage an bezogen, nach diesem. Fällt in den Krankengeldbezug eine Zeit, in der nur Krankenpflege gewährt wird, so wird diese Zeit auf die Dauer des Krankengeldbezuges bis zu dreizehn Wochen nicht angerechnet. Ist Krankengeld über die sechsundzwanzigste Woche nach Beginn der Krankheit hinaus zu zahlen, so endet mit seinem Bezug auch der Anspruch auf Krankenpflege.

§ 22

wird gestrichen und an dessen Stelle gesetzt:

Wird Krankenhauspflege einem Versicherten gewährt, der bisher von seinem Arbeitsverdienst Angehörige ganz oder überwiegend unterhalten hat, so wird — vorbehaltlich der Ansprüche nach §§ 27, 58 bis 59 und 62 Abs. 3 — daneben ein Hausgeld für die Angehörigen im Betrage des halben Krankengeldes gezahlt.

Versicherten, für die kein Hausgeld zu zahlen ist, wird bei Anspruch auf Mehrleistungen (§ 22 Abs. 2 bis 4) neben der Krankenhauspflege ein Krankengeld in Höhe von einem Zehntel des Krankengeldes gewährt.

§ 31.

Im § 31 Abs. 1 muß es heißen:
Statt „Nach einmonatiger Wartezeit" „nach sechsmonatiger Wartezeit".

Das Sterbegeld beträgt demnach für Mitglieder

		20fach		40fach
der Stufe	I . .	40,— M. bez.	. .	80,— M.
„ „	II . .	80,— „	. .	160,— „
„ „	III . .	120,— „	. .	240,— „
„ „	IV . .	160,— „	. .	320,— „
„ „	V . .	200,— „	. .	400,— „
„ „	VI . .	240,— „	. .	480,— „
„ „	VII . .	300,— „	. .	600,— „
„ „	VIII . .	360,— „	. .	720,— „
„ „	IX . .	420,— „	. .	840,— „
„ „	X . .	480,— „	. .	960,— „
„ „	XI . .	540,— „	. .	1080,— „
„ „	XII . .	600,— „	. .	1200,— „

§ 32.

In Abs. 2 wird statt einer Wartezeit von „einem Monat" „sechs Monate" gesetzt.

§ 45.

Abs. 1 muß lauten:
Die Kassenbeiträge werden auf sieben vom Hundert des im § 19 festgesetzten Grundlohnes bemessen. Sie betragen für den Arbeitstag

in Stufe	I	14	Pfg.
„ „	II	28	„
„ „	III	42	„
„ „	IV	56	„
„ „	V	70	„
„ „	VI	84	„
„ „	VII	105	„
„ „	VIII	126	„
„ „	IX	147	„
„ „	X	168	„
„ „	XI	189	„
„ „	XII	210	„

Im Absatz 2 muß es heißen:
„statt 5,25 Pfg. 10,5 Pfg.

Berlin, den 19. Mai 1920.
St. 1512/2559 L. S. Neubecker, Vorsitzender.

Genehmigt
mit Ausnahme des § 20 Ziffer 1, Abs. 1.
Charlottenburg, den 13. August 1920.
Oberversicherungsamt Groß-Berlin.
L. S. Schwartz.
Nr. II. B. K. 454/20.

§ 20 Ziffer 1, Abs. 1 genehmigt:
Charlottenburg, den 31. August 1920.
Oberversicherungsamt Groß-Berlin.
L. S. Menzel.
II. B. K. 688/20. 148/20

Magenleidende welche die ärztlich empf. radioaktiven Neu-Ragoczy-Heilquellen-Hauskur trinken erzielen hervorragende Heilerfolge. Verlangen Sie Prospekte von den Neu-Ragoczy-Heilquellen

durch das Propaganda-Bureau der **Bad Neu-Ragoczy-Aktien-Gesellschaft in Halle a. S., Barfüßerstraße 7** (Telephon 4667) oder von Gerhard H. O. Iwan, Berlin-Karlshorst, Prinz-Heinrich-Straße 11. (Telephon Oberschöneweide 3201.) Ueberall erhältlich zum Preise von M. 2.00 pro ³/₄ Liter-Flasche frei Haus. 81/20*

Theater, Lichtspiele etc.

Opernhaus.
Silhouetten. Kostümball. Susannens Geheimnis. 7 Uhr.

Schauspielhaus.
Coriolan. 7 Uhr.

Direktion Max Reinhardt
Deutsches Theater.
7 Uhr: Und Pippa tanzt.

Kammerspiele.
8 Uhr: Die Brandstätte.

Gr. Schauspielhaus
(Karlstraße)
Uhr: Jedermann (auß. Ab.).

Theater i. d.
KöniggrätzerStraße
½8 Uhr: Erdgeist.
Sonntag: Erdgeist.
Nachm.: Geständnis.
Montag: Erdgeist.
Di.: Baumeister Solness.

Komödienhaus
½8: Eine Nacht im Paradies.
Sonnt. 3 Uhr: Der Biberpelz.

Berliner Theater
½8 Uhr: Der letzte Walzer mit Fritzi Massary.
Stg. 3 Uhr: Wie einst im Mai.

Central-Theater
7½ U.: **Frau Bärbel.**

Deutsches Opernhaus
7 Uhr: **Alexandro Stradella**

Friedr.-Wilhelmst.Th.
7½ U.: **Hoheit die Tänzerin.**

Kleines Theater.
7½ U.: **Der Thronfolger.**

Kl. Schauspielhaus.
7½ U.: **Der Floh im Panzerhaus**

Komische Oper
7½ Uhr: **Liebe im Schnee.**

Lustspielhaus
7½ Uhr: Arnold Rieck in Zwangseinquartierung.

Metropol-Theater.
7 U.: **Hollandweibchen**

Neues Central-Theater
7½ U.: **Die Dame im Frack.**

Neues Operettenhaus
7½ U.: **Die Csikósbaroness.**

Neues Volkstheater
7½ Uhr: **Nora.**

Schiller-Theat. Charl.
7½ Uhr: **2 × 2 = 5.**

Thalia-Theater
7¼ U.: **Der dumme Franzl.**

Th. am Nollendorfplatz
7 Uhr: **Wenn Liebe erwacht**

Theater des Westens
7½ U.: **Der ersten Liebe gold. Zeit**

Wallner-Theater
7½ Uhr: **Die Frau im Dunkeln.**

Walhalla-Theater.
7½ Uhr: **Gastsp. Hartstein**

Residenz-Theater.
Untergrundbahn Klosterstr.
Täglich ½8 U.: **Die Freundin.**
Von Hermann Sudermann.
Durieux, Toelle, Albers, Bildt, Biensfeldt, Valentin.
Sonntag 4 Uhr, kleine Preise:
Der Störenfried.

Trianon-Theater.
Bahnhof Friedrichstraße.
Heute 4 Uhr, kleine Preise:
Rotkäppchen.
Allabendlich 8 Uhr:
Hansi Arnstädt und Paul Otto in:
UNTREU.
Sonntag 4: Der gute Ruf.

Rose-Theater.
7½ Uhr:
Die Ratten.

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. — Tgl. ³/₄8:
Knorps sel. Witwe
und „Anschluß verpaßt“.
Singspiel mit Viktor Litzek.
Sonntg. 3½: Gebrüder Zorn.

Metropol
Variété - Kabarett
7½ 7½
Behrenstr. 54.

Reichshall.-Theater
Abends 7½ und Sonntag Nm. 3:
Stettiner Sänger
Nachmittags halbe Preise.

Theater a. Kottbus. Tor
Tel.: Moritzplatz 14814.
Täglich 7½ Uhr und Sonntag nachm. 3 U.:
Elite-Sänger
Blüthgen-Konzert
Beginn 7 Uhr.
Vorv. 11-1½, 4-6 Uhr

Volksbühne
Theater am Bülowplatz.
7½ U.: **Der Richter von Zalamea.**

Lessing-Theater.
Heute und Sonntag 7½:
Die Tänzerin
(Leopoldine Konstantin.)
Montag 7: Peer Gynt.

Deutsches Künstler-Theater
Allabendlich ½8 Uhr:
Die Scheidungsreise
mit Max Adalbert und Trude Hesterberg.
Inszenierung: Victor Palfi.

Apollo-
7½ **Theater** 7½
Dir. James Klein.
Herbst-Sensations-
Eröffnungsprogramm
Gastspiel d. internat. preisgekr.
Meister-Detektivs Hannussen
m. sein. einz. dasteh. Experim. u. Vorführ.
5 Carras
d. best. Akrob. d. Welt
Tegethoff
Schwed. Illusionist m. nie gez. Darbietung
Madame Lauré
d. tollkühne Schönh.
u. weit. Sensationen.
Sonntag 3½ U. jeder Erwachs. 1 Kind frei

Schall und Rauch
Im großen Schauspielhaus
Bh. Friedrichstr. Tel. Nord 8643
Dir. Hans v. Wolzogen.
Das gr. September-Progr. mit **Kulissen d. Seele**
v. Nik. Nikolajew. Evreinoff.
Hauptroll.: Hermann Thimig, Rob. Forster-Larrinaga.
A. Flügel: Kpmstr. Spolianski.
Balalaika-Orchester.
Konzert 7½. Beginn 8½.

Walhalla Theater
a. Rosenthaler Pl.
Heute 7½
und folgende Tage:
Wilhelm Hartstein
in
Er oder Er
u. d. gr. Programm
Ende: Vor 10 Uhr.
Sonntags 2 Vorstellungen

Admirals-Palast
7½ U.: **Flirt in St. Moritz.**

Variété-Café
Moritzplatz
Oranienstraße 53-54
Martin Loewe
Childa
Drei Urbarnis
und das große
Variété-Programm.

Eintritt frei.
Adi-Haus
Taubenstr. 34 — Ztr. 1052
Käthe Blank
Hans Brückner
Elena Scholz
Walter Pintus
Emmi Dirsihs
Hans Mathes
Hella Belin
Adolf Lieban
Adi Liebans Meisterquart.
Erstkl. Küche, ff. Weine
Mocca, Tee, Schokolade
Beginn 7 Uhr.
Eintritt frei.

Winter-Garten
Täglich 7.15 Uhr:
Varieté-Spielplan
Rauchen gestattet!

Schultheiß' Brauerei Aktien.

Durch Generalversammlungsbeschluß vom 12. Juli 1920 ist der Name der **Schultheiß'-Brauerei-Aktiengesellschaft** in

Schultheiß-Patzenhofer Brauerei-Aktiengesellschaft

geändert worden.

Wir fordern hiermit die Inhaber von Aktien der **Schultheiß'-Brauerei-Aktiengesellschaft** auf, ihre Aktien — nach der Nummernfolge geordnet — mit einem doppelt ausgefertigten Anmeldeschein, wofür Formulare bei den nachstehenden Stellen erhältlich sind, ohne Gewinnanteilscheinbogen

in Berlin bei der **Deutschen Bank,**
" " " " **Commerz- und Privat-Bank Aktiengesellschaft,**
" " " " **Nationalbank für Deutschland**
" " " den Herren **Jacquier & Securius,** C 2, An der Stechbahn 3/4,
" " " Herrn **E. J. Meyer,** W 9, Voßstr. 16,

während der üblichen Geschäftsstunden zwecks Abstempelung auf den neuen Namen der Gesellschaft einzureichen.

Berlin, im September 1920.

Schultheiß-Patzenhofer Brauerei-Aktiengesellschaft.
Dr. W. Sobernheim.

Patzenhofer-Brauerei-Aktien.

Nachdem die Verschmelzung der **Patzenhofer-Brauerei-Aktiengesellschaft** mit der **Schultheiß-Brauerei-Aktiengesellschaft** vollzogen ist, unter Abänderung des Namens der letzteren Gesellschaft in

Schultheiß-Patzenhofer Brauerei-Aktiengesellschaft

fordern wir hiermit die Aktionäre der vormaligen **Patzenhofer-Brauerei** auf, ihre Aktien — unter Beifügung eines Nummernverzeichnisses, wofür Formulare bei den nachstehenden Stellen erhältlich sind — zum Zwecke des Umtausches in Aktien unserer Gesellschaft von heute ab bis zum 22. Dezember 1920

in Berlin bei der **Deutschen Bank,**
" " " " **Commerz- und Privat-Bank Aktiengesellschaft,**
" " " " **Nationalbank für Deutschland,**
" " " den Herren **Jacquier & Securius,** C 2, An der Stechbahn 3/4,
" " " Herrn **E. J. Meyer,** W 9, Voßstr. 16,

während der üblichen Geschäftsstunden einzureichen.

Der Umtausch erfolgt in der Weise, daß im Tausch gegen je nom. **M. 6000.—** Aktien der **Patzenhofer-Brauerei** mit Gewinnanteilscheinen für 1919/20 u. ff. je nom. **M. 5000.—** Aktien unserer Gesellschaft mit Gewinnanteilscheinen für die Zeit vom 1. September 1919 ab gewährt werden. Außerdem erhalten die Einreicher für jede zum Umtausch eingereichte Aktie der **Patzenhofer-Brauerei** eine Barvergütung von **20 Proz.** des Nennwertes.

Aktien, welche innerhalb der Zeit bis zum 22. Dezember 1920 nicht zum Zwecke des Umtausches eingereicht sind bezw. eingereichte Aktien, welche die zum Ersatz durch **Schultheiß-Patzenhofer-Brauerei-Aktiengesellschaft**-Aktien erforderliche durch **M. 6000.—** teilbare Zahl nicht erreichen, und nicht zur Verwertung für Rechnung der Beteiligten zur Verfügung gestellt sind, werden für kraftlos erklärt werden. Die Aktien unserer Gesellschaft, die an Stelle der für kraftlos erklärten Aktien der **Patzenhofer-Brauerei** zur Ausgabe gelangen, werden für Rechnung der Beteiligten in Gemäßheit der §§ 305, Abs. 3 und 290 H.-G.-B. verwendet werden.

Um den Besitzern von Aktien der **Patzenhofer-Brauerei** unter nom. **6000.—** bezw. von nicht durch **M. 6000.—** teilbaren Nennbeträgen den Umtausch zu ermöglichen, sind die Umtauschstellen bereit, den Zukauf oder Verkauf von Spitzenbeträgen von Aktien der **Patzenhofer-Brauerei** zu vermitteln zwecks Erreichung eines durch **M. 1000** teilbaren Nennwertes von **Schultheiß-Patzenhofer-Brauerei-Aktien.**

Die Aushändigung der neuen **Schultheiß-Patzenhofer-Brauerei-Aktien** nebst Gewinnanteilscheinbogen erfolgt nach deren Fertigstellung; der Termin der Ausreichung wird noch bekanntgegeben werden.

Berlin, im September 1920.

Schultheiß-Patzenhofer-Brauerei-Aktiengesellschaft.
Dr. W. Sobernheim.

Sonder-Angebot!
Damenstiefel 169.— M.
Chevreau-Hochschaft
Herrenstiefel 135.— M.
moderne Form
Schaal, Münzstr. 20, 1 Treppe.

Unerreicht sind unsere **Carbid-Lampen**

von Mark 5,90 an
Carbid Jedes Quantum!
Brenner u. Zubehör
Gebr. Bendel
Schönhauser Allee 146
Ecke Kastanien-Allee
Amt Humboldt 4125 u. 4126
Vorzeiger dieses Inserats 5 Prozent Rabatt.

Achtung! Buchbinderverband Achtung!

Montag, den 20. Sept. cr., nachm. 5 Uhr, in Graumanns Festsälen, Naunynstr. 27:

Betriebsräteversammlung.

Tagesordnung:
1. Wahl des Delegierten zum Betriebsrätekongreß. 2. Stellungnahme zur Arbeitsordnung. 3. Verschiedenes.

Eintritt haben alle mit Ausweis versehenen **ordentlichen** Betriebsratsmitglieder, welche im Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter organisiert sind. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Vollzähligen Besuch erwartet
Die Ortsverwaltung.

Mittwoch, d. 22. Sept. cr, nachm. 5 Uhr, im gr. Saal d. Gewerkschaftshauses, Engelufer 15:

Vierteljahrs generalversammlung.

Tagesordnung:
1. Quartalsbericht. 2. Bericht über die Angestelltenwahlen. 3. Bericht der Anstellungsprüfungskommission über Neuwahlen. 4. Verschiedenes.

Zu dieser Versammlung haben nur die gewählten Delegierten Zutritt. Diese werden gebeten, vollzählig zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Möbel Bar oder Kredit mit kleinster An- und Abzahlung liefert an jedermann, auch auswärts
Möbel-Groß
Große Frankfurter Straße 141
Invalidenstraße 5, Eingang Ackerstraße

Alte Gebisse, auch zerbrochene, Stiftzahn 13.10—350, doch nicht unter 13,10, Knopfzahn 6,75, kauft von 10—6 Uhr **Urban, Dritzer Str. 20, Hof links (Kottbuser Brücke).**

Phorosan-Heilinstitut
für Haut-, Geschlechtskranke u. Frauenleiden
Großbeerenstr. 67.
Gonorrhöe-Behandlung nach dem neuen schmerzlosen Phorosan-Verfahren. Syphiliskur. Streng wissenschaftlich. Spez.-ärztl. Leitung. Separate Zimmer. Sprechstunden 11—5 außer Dienstag. — Kurdauer siehe Broschüre: „Die Gonorrhöe und ihre Zwölftagekur“ M. 3,—. Prospekt „V“ gegen Porto.

Siedlergruppe sucht Mitglieder mit 5—10 000 Kap. Auskunft, Pläne kostenlos.
Dr. Winzer, Waldmannslust, Kurhausstr. 5.
Wichtig für Bestellung der Herbstpflanzung!

Schlafzimmer Eiche, kompl. mit Böden und Auflagen von 4000,— Mk. an.
Eßzimmer Eiche, bestehend aus Büfett, Anrichte, Tisch, 6 Stühlen von 3500,— Mk. an.
Herrenzimmer, Eiche, 2 m breit, mit Schreibsessel, rund. Tisch, 2 Stühlen mit echtem Leder 6500,— Mk.
Auf Wunsch Zahlungserleichterung.
Julius Krause, Kastanienallee 40. Straßenb. 50, 51, 57, 33, 48, W, III.

Haut-, Harn-, Frauenleiden usw.
werden schmerzlos und ohne Berufsstörung behandelt im **Natura Institut** (spezialärztliche Leitung) **Berlin SW, Blücherplatz 3 (direkt am Halleschen Tor).** Sprechstunden 10—1, 4—8, Sonnt. 11—1. Damenzimmer separat. Erfolge selbst noch da,
wo alles andere versagte.
Dr. med. Ludwigs Broschüre für 2,60 M. in verschlossenem Umschlage gibt Aufschluß.

Hühneraugen, Fußschlen-verhärtung
Hornhautbildung entfernt mit absoluter Sicherheit Reichels „**Bosco**“. Einziges Radikalmittel für eingewurzelte und schmerzhafte Leiden. Seit über 25 Jahren bewährt. M. 3,50
Otto Reichel, Berlin 43
Eisenbahnstr. 4.

Zinn! bis 42—! **Lötzinn! Weißmetall** bis 27,—! Blei 4,—! Kupfer! Messing! Zink! Aluminium! Nickel Stanniolpapier! **Quecksilber! Glühstrumpfasche** bis 130,—, **salpeters. Silber! Zahngebisse!** Zahn bis 100,—! **Goldbruch! Silberbruch! Platinabfälle!** höchste Tagespreise.
Edelmetall-Einkaufsbureau, Weberstr. 31.

Möbel
Bar oder Teilzahlung
bei kleinster An- u. Abzahlung
zu bedeutend herabgesetzten Preisen
Schlafzimmer
Wohnzimmer
Herrenzimmer
Speisezimmer
Bunte Küchen
Einzelne Möbel
Liefere auch n. auswärts.
Lagerung kostenlos.
Möbel-Cohn
Gr. Frankfurter Str. 58
5 Min. vom Alexanderplatz.
Filiale: Badstr. 47-48.
5 Min. v. Bhf. Gesundbr.

Stoffe
zur Damen- und Herrenbekleidung
Futterstoffe ○ Knöpfe
Konfektion
für Damen und Mädchen
Maßanfertigung
Herabgesetzte Preise!
C. Pelz
5 Kottbuser Straße 5

Besondere Gelegenheit!
Herren-Ulster 200 Mark.
Neueste Fassons, eleg. Glt. verschiedene Farben. **Bruno Perlinsky,** Schneidermeister. Berlin, Rosenthaler Str. 37, I. Etage.

Bekanntmachung.

1. Es entfallen auf den **Abschnitt 39 der allgemeinen Lebensmittelkarte der Stadt Berlin**

125 Gramm Nährmittel

nach Maßgabe der vorhandenen Bestände an:
Hafergrütze zum Preise von 0,87 M. das Pfund,
Sago " " " 1,60 " " "
Teigwaren " " " 2,— " " "

2. Unter Ausschluß nachträglicher Annahme sind die Anmeldeabschnitte vom Sonntag, 19., bis Mittwoch, 22. September 1920, bei den Kleinhändlern abzugeben.

3. Die Kleinhändler haben die Anmeldeabschnitte zu der oben aufgerufenen Nummer bei den Großhändlern am Donnerstag, 23. September, abzuliefern.

4. Nicht abgeholte Ware verfällt mit dem 23. Oktober 1920.

Berlin, 16. September 1920.

Magistrat.
Abteilung für Nährmittel.

Tgb.-Nr. 7485 Nä.

Platin
Abfälle
Gold-Kontakte
Silberbruch
Zahngebisse
Quecksilber
Brennstifte
kauft zu höchsten Tagespreisen
Adolf Friedländer
Kommand.str. 29
1 Treppe rechts.
Moritzplatz 4502.

Goldbruch
333 per Gramm 9,—,
585 " " 18,—,
750 " " 22,—,
900 " " 29,—.
Silberbruch
800 gest. per Gramm —,90 aufwärts.
Platin
Tageskurs sowie sämtl.
Altmetalle
kauft Silberzentrale
Gotzkowskystr. 13.
Händler Extrapreise.
Fernspr. Amt Moabit 9354.

Metallankaufsstelle Osten, Grüner Weg 80
zahlt höchste Tagespreise für
Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.

Achtung, Brautleute!
1 Dukaten-Trauring
900 gestempelt 150 Mk. an
585 " 105 " "
333 " 65 " "
inkl. Luxussteuer.
Jeder Ring ist fugenlos aus massivem Golde hergestellt bei voller Garantie für Feingehalt! Jede Größe am Lager.
G. Alb. Thal
Erstes Berliner Spezialgeschäft für Trauringe.
C. 19, Seydelstr. 5
(Spittelmarkt)
Eigene Fabrikation.

Versandstelle
zu vergeben, hoher Nebenverdienst, glänzende Existenz für jedermann. Prospekt gratis.
M. Scholz, Dresden-A., Alaunstr. 29 I. 85/2

G. A. Hannewacker, echt Stargarder Schnupftabak (Goldfarb) Abgabe a. meine Kautabakkundsch. jed. Menge, empf. jetzt ständ. Tabakgeich., Kronprinzenstr. 3. Nähe. Ringb.-Bahnh. Frankf. Allee. 19/20

Kupfer per kg . 15,—
Rotguß . . . 13,—
Messing . . . 7,—
Blei . . . 4,20
zahlt **Wiemer,** Putbuser Str. 30, I nahe Bhf. Gesundbrunnen, und 20/2
Tütel, Schivelbeiner Straße 5, am Ringbahnhof Schönhauser Allee.

Möbel
zu bedeutend herabgesetzten Preisen
gegen bar und auf Teilzahlung
b. klein. An- u. Abzahlung
Bürg. Wohnungseinricht.
Wohnzimm., Schlafzimm., Speisezimm. Herrenzimm.
in großer Auswahl
Einzelne Möbel
Farbige Küchen
Beiser
Lothringer Str. 67.

Buchhandlung Vorwärts
G. m. b. H.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Unser Wald
Ein Volksbuch von **Curt Grottewitz**
Herausgegeben von **Wilhelm Bölsche**
Preis geb. Mk. 9.—

Zahl. für **Kupfer** per Kg. **13.—**
Rotguß . 12.—
Messing . 6.—
Belle-Alliance-Str. 98.
Diels, Palisadenstr. 96.
Schindler, Mehnerstr. 20.
Kothe, Rheinsberger Str. 52.
Behrend, Fischerstr. 9.
Stöck, Linienstr. 215.
Deutschland, Prenzlauer St. 56.
Lippold, Holzmarktstr. 10.
Koske, Friedrichsfelder Str. 4.
Gauß, Marienburger Str. 39.

Zinn u. Blei
sowie alle Altmetalle kaufen zu höchsten Preisen
Metallschmelzwerke,
Waldemarstr. 74.
Telephon: Moritzplatz 9933

Zinn, rein 45,— per kg
Weißmetall . 26,— " "
Kupfer . . . 14,50 " "
und andere Metalle kauft laufend höchstzahlend
Eichler, Malmöer Straße 26
zwischen Bahnhof Gesundbrunnen u. Schönhauser Allee.

Stellengesuche

Weibl. Hauspersonal
erhält kostenlos jede gewünschte Stelle im **Arbeitsnachweis der Stadt Berlin.** Eichhornstr. 1. Belle-Alliance-Platz 5. Koppenstraße 1. Paulstr. 1. Friedrichstraße 110—112. Rüdersdorfer Str. 9. Jägerstr. 11. — Geöffnet 8—7.

Stellenangebote

Reisende,
welche bei Hotels, Gastwirten, Cafés, Kinos und Kantinen eingeführt sind, finden hohen Nebenverdienst. **Mannheimer, Bergmannstr. 1.**

Lehrling
Sohn achtbarer Eltern, für meine Wirtschaftsartikel-Großhandlung gesucht.
Hermann Wegsmann, Ritterstr. 23. 19/18

Tüchtiger Inserat-Fachmann,
der die moderne Propaganda, wie Verwaltung und Buchführungs-Arbeiten aus längerer erfolgreicher Praxis kennt, zu möglichst sofortigem Eintritt gesucht. Genossen (S.P.D.) wollen Bewerbung mit Angabe ihrer bisherigen Laufbahn u. Empfehlungen (Zeugnisabschriften oder Referenzen) sowie Gehaltsansprüchen und Eintritt senden an die Geschäftsstelle der „**Westf. Allg. Volks-Zeitung**“ in Dortmund, Kleistr. 5. 180/16*

Redakteurstellen betr.
Die ausgeschriebenen **Posten sind besetzt!** Den Bewerbern besten Dank! 180/17
Dresden, am 16. September 1920.
Verlag der „Dresdner Volkszeitung“.

Das deutschnationale Rowdytum.

Gekennzeichnet durch die „Kreuzzeitung".

Vor dem politischen Rowdytum der „gebildeten" Deutschnationalen, wie es sich in der Löwenstein-Versammlung ausgetobt hat, beginnt jetzt selbst ernsteren Leuten im eigenen Lager angst und bange zu werden. So schreibt mit scharfem Tadel die „Kreuz-Zeitung":

Wir bedauern lebhaft, daß Dr. Löwenstein durch Sprengung der Versammlung am Reden verhindert worden ist. Das heißt doch den kritischen Sinn der Lehrerschaft recht niedrig einschätzen. . . . War es also schon aus den in der Sache selbst liegenden Gründen unzweckmäßig, den Vortrag zu verhindern, so müssen wir diese Rowdypolitik grundsätzlich **aufs schärfste verurteilen.** Sie verrät kein großes Zutrauen in die überzeugende Kraft der eigenen Sache und würde, wenn in der Großstadt allgemein eingeführt, die **Abhaltung nationaler Versammlungen zum mindesten nicht erleichtern.** Auch ist es falsch, die politische Energie auf Irrwege abzulenken. Manche Leute mögen sich ja wunder wie groß vorkommen, wenn sie mit Hausschlüsseln und anderen Lärminstrumenten wirksam gegen unliebsame Redner operiert haben. In Wahrheit ist die politische Leistung, die sie damit vollbracht haben, herzlich gering, und die nationale Bewegung tut gut, **sich solche Rowdypolitiker mit aller Entschiedenheit vom Leibe zu halten.**

Die Worte der „Kreuzzeitung" verdienen ernsthafte Beachtung. Leider muß aber festgestellt werden, daß die Deutschnationale Volkspartei ihre Anhänger bisher gerade im gegenteiligen Sinne zu jenem politischen Rowdytum erzogen hat, das die „Kreuzzeitung" sich und ihrer Partei vom Leibe halten möchte. Wir erinnern nur daran, wie die Deutschnationalen die grünste und unreifste Schuljugend bei jedem Anlaß in den Vordergrund rücken, wie jede Unbesonnenheit und Eselei der von ihnen aufgestachelten jugendlichen Elemente dann in der deutschnationalen Presse als nationale Großtat gefeiert wird, selbst wenn es sich um keineswegs mehr harmlos zu nehmende Dinge handelt, wie Revolverattentate oder Beschimpfung fremder Hoheitszeichen. Auch jetzt möge die „Kreuzzeitung" einmal Betrachtungen darüber anstellen, mit welch grinsendem Behagen der weitaus größte Teil der deutschnationalen Presse die Flegeleien und Rüpeleien in der Löwenstein-Versammlung notiert, wie die schmutzige Schadenfreude darüber, daß Löwenstein nicht hat reden können, jedes Gefühl von politischem Anstand und selbst jeden Sinn für politische Klugheit im Keime erstickt.

Denn in ihrer Zirkus-Busch-Versammlung am Sonntag möchten die Deutschnationalen doch ungestört sein?

Stoßtrupp mit Trillerpfeifen.

Das „Hamburger Echo" veröffentlicht folgende Einladung, die ihm zugeflogen ist:

Hamburg, den 12. Scheiding (auf Deutsch: September! Red. d. „V.") 1920.

Euer Hochwohlgeboren!

Am 16. Scheiding will der Jude Dr. Magnus Hirschfeld im Konventgarten einen Vortrag halten. Sie werden höflichst ersucht, sich mit einer Trillerpfeife und sonstigen brauchbaren Utensilien dortselbst pünktlich einzufinden. Bitte Galerie oder rechte Saalseite!

Stoßtrupp der Deutschvölkischen Bünde.

Inzwischen ist der 16. „Scheiding" vorüber und wir wissen nicht, ob es dem tapferen Stoßtrupp gelungen ist, Herrn Dr. Hirschfeld niederzutrillern. Die Hamburger Hakenkreuzler zeigen ihr tiefes Verständnis für alle Gebiete der Kultur, erst wurde Moissi bei einem künstlerischen Vortrag niedergebrüllt und nun kommt die Wissenschaft an die Reihe. Deutsche Kultur im 20. Jahrhundert!

Festgenagelter Verleumder.

Deutschnationale Hetzlügen vor Gericht.

Bochum, 17. September. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) Vor der Bochumer Strafkammer stand heute als Angeklagter der Konditor Menneke s aus Bottrop. Der Anklage lag die Behauptung des Angeklagten zugrunde: Minister Severing habe für die Freigabe eines Waggons Schokolade 32 000 Mark Schmiergelder erhalten. Vor Eintritt in die Hauptverhandlung erklärte der Verteidiger des Angeklagten, **daß der Angeklagte sich von der Unwahrheit seiner Behauptung überzeugt habe,** und schlug dem als Nebenkläger erschienenen Minister Severing folgende Erklärung des Angeklagten vor:

Ich habe mich überzeugt, daß die Behauptung, Minister Severing habe für die Freigabe eines Waggons Genußmittel 32 000 Mark Schmiergelder erhalten, vollständig unhaltbar ist, und zahle an die Armenkasse der Stadt Bochum 150 Mark als Buße, übernehme alle aus dem Prozeß entstandenen Kosten, außerdem die Veröffentlichung dieser Erklärung im „Berliner Tageblatt", in der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" und im „Dortmunder Generalanzeiger".

Minister Severing zog daraufhin als Nebenkläger den Strafantrag zurück, da er kein Interesse an der Bestrafung der kleinen Schächer habe und die Hauptschuldigen in der Redaktion des „Freien Wort" und der „Freien Meinung" sitzen, die in den nächsten Wochen vor der Strafkammer in Essen bzw. Düsseldorf und Bochum als Gast erscheinen werden. Ausschlaggebend für die Zurücknahme des Strafantrags gegen Menneke s war noch der Umstand, daß wegen eventueller Unzuständigkeitserklärung der Bochumer Strafkammer die Sache nur verschleppt worden wäre.

Landrat und Kommunist.

Unter der Ueberschrift „Der Landrat als kommunistischer Stimmzettelverteiler" bringt die „Deutsche Tageszeitung" am Freitag morgen einen Artikel, der den reaktionären Parteien für die am kommenden Sonntag stattfindenden Kreistagswahlen Dienste leisten soll. In diesem Artikel bemüht sich der mit der Verwaltungsgesetzbarkeit offenbar sehr vertraute Redakteur des Junkerblattes, den Nachweis zu führen, daß der „Landratsgenosse Schlemminger" überhaupt kaum deutsch zu verstehen scheine. Weiter wird darauf hingewiesen, daß der Landrat zu der von ihm beliebten Auslegung der Bestimmungen der Reichswahlordnung nur kommen konnte, wenn er die dienstlichen Aufgaben seiner Stellung mit denen eines Parteimannes völlig identifizierte. So gänzlich als Parteifunktionär fühle sich ein von der jetzigen Regierung bestellter Landrat, daß er auch die klarsten und kürzest gefaßten Rechtsbestimmungen nur durch die Parteibrille lesen könne, Bestimmungen, die kein Kind mißzuverstehen vermöge.

Und nun die Ursache dieser Aufregung? Nach § 81 der Reichswahlordnung können die Landesregierungen nach Benehmen mit den Parteien bestimmen, daß die Stimmzettel amtlich verteilt werden. Der Kreiswahlleiter des Wahlkreises 4, Herr Regierungsrat Kretschmar von der Regierung Potsdam, hat nun unter dem 31. Mai ds. Js. dem Landrat den Auftrag erteilt, Stimmzettel der Kommunistischen Partei (die er — Kretschmar — außerdem selbst dienstlich übersandte) an die Wahlvorsteher zur Auflegung gemäß § 48, Absatz 2 zu verteilen.

Diese Aufforderung ist ausgeführt worden. Hierdurch erledigt sich jedes weitere Eingehen auf die Sache von selbst. Der Zweck der ganzen Aktion ist allzu durchsichtig. Man wollte schnell noch vor den Kreistagswahlen den fruchtlosen Versuch machen, Verwirrung in die Kreise der Parteigenossen zu tragen. Aufgabe dieser wird es sein, bei den Wahlen auf diese Machenschaften die richtige Antwort zu erteilen.

An die deutsche Arbeiterschaft!

Der Krieg Polens gegen Rußland geht weiter. Also ist es auch weiter Eure Aufgabe, jeden neutralitätswidrigen Transport von Waffen und Munition, der Deutschland passiert, anzuhalten. Die Neutralität Deutschlands muß strengstens gewahrt bleiben, auch Transporte für die heimlichen Organisationen der Reaktion (Orgesch, Einwohnerwehr usw.) sind festzustellen, mag es sich um große Sendungen oder um kleinere Waffen- und Munitionsmengen handeln. Die Transportkontrolle wird auf der Eisenbahn durch die Eisenbahner, in den Häfen durch die Transportarbeiter ausgeübt, überall im Einvernehmen mit den von den gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiter eingesetzten Kommissionen, die hinter den Eisenbahnern und Transportarbeitern stehen.

Diese haben jeden neutralitäts- und gesetzwidrigen Transport festzustellen, die geeinte übrige Arbeiterschaft hat dafür zu sorgen, daß zu beanstandende Transporte gar nicht erst den Eisenbahnern übergeben werden.

Arbeiter! Laßt Euch durch nichts irre machen! Schützt weiter und noch schärfer wie bisher die Neutralität Deutschlands. Bekämpft weiter und noch energischer wie bisher die Bewaffnung der Reaktion. Nicht auf die Regierung, nur auf Euch selbst verlaßt Euch. Haltet überall die Augen offen.

Allg. Deutscher Gewerkschaftsbund. Graßmann.
Sozialdemokratische Partei. Wels.
Unabhängige Sozialdemokratische Partei. Dr. C. Rosenfeld.
Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bender.
Deutscher Eisenbahner-Verband. Brunner.
Bezirks-Betriebs-Rat. Mietz.

Trübe Ernteaussichten.

Der Unterausschuß des Reichswirtschaftsrates für Landwirtschaft und Ernährung beschäftigte sich mit der Getreidewirtschaft. Der Präsident der Reichsgetreidestelle, Geheimrat Kleiner, bezeichnete das Bild, das nach den bisherigen Feststellungen von der neuen Ernte zu erwarten sei, als trübe. Die Roggenernte habe fast überall im Reiche stark enttäuscht. Die Reichsgetreidestelle schätze vorläufig die neue Ernte an Brotgetreide nur auf etwa 7 Millionen Tonnen. Im ganzen bleibe das Ernteergebnis hinter dem Bedarf wesentlich zurück. Deshalb sei die Reichsgetreidestelle gegen eine Erhöhung der Brotration, wolle aber eine Herabsetzung der Ausmahlung von 90 Proz. auf 85 Proz. zugestehen, jedoch nur bei gleichzeitiger Brotstreckung um 10 Proz. Wir müßten im übrigen bis **2 Millionen Tonnen Brotgetreide importieren,** hauptsächlich aus Amerika. Bei einem Durchschnittspreis von 5000 M. für die Tonne würde diese Einfuhr allerdings **10 Milliarden Mark** erfordern. Eine Uebernahme dieser Kosten auf den Brotpreis würde unsozial sein, nach Ansicht der Reichsgetreidestelle müßten sie auf die Reichskasse übernommen und durch allgemeine Steuern aufgebracht werden.

„Deutsche Tageszeitung" gegen „Deutsche Tageszeitung".

Fressende und nicht fressende Kühe.

Die „Deutsche Tageszeitung" jammert über „neue Viehexpressungen", welche die Entente auf Grund des Friedensvertrages von uns verlangt, namentlich handelt es sich dabei um Milchkühe. Das Agrarierblatt behauptet dabei, daß die Sozialdemokratie absichtlich die Härte des Friedensvertrages dem Volke verschleiere.

Wir kennen nur ein Organ, daß die grausame Härte der Milchkuh-Ablieferung dem Volke verschleiert, das ist die „Deutsche Tageszeitung". Denn als wir vor kurzem Gelegenheit hatten, durch das hochherzige amerikanische Geschenk Ersatz wenigstens für einen Teil der abzuliefernden Milchkühe zu erlangen, da wies die „Deutsche Tageszeitung" haarklein nach, daß **die Milchkühe Amerikas für uns keinen Nutzen hätten, denn Kühe hätten wir genug, nur an Futter fehlte es. Die amerikanischen Milchkühe würden daher nur den deutschen Kühen das Futter fortfressen.** Da ja nun die an die Entente abzuliefernden Kühe wohl auch Futter fressen und nicht von Luft leben, so mußte gerade die „Deutsche Tageszeitung" bei der Entente den Eindruck erwecken, als ob sie mit dem Verlangen der Milchkuhablieferung der deutschen Landwirtschaft nur einen Gefallen erweise, ebenso mußte im Volke der Glaube entstehen, daß die Ablieferung der Milchkühe gar nichts auf sich habe, da wir ja nicht einmal für geschenkte amerikanische Kühe Platz und Futter bei uns hätten.

Wer hat also verschleiert?

Arbeitgeber Stresemann.

Bewertung geistiger Arbeit.

Folgendes Inserat findet sich in Nr. 487 der „Vossischen Zeitung" 2. Beilage Seite 4:

Lehrerin
(Studentin), zum Unterricht 2 Mädchen (7, 13 J.), sofort für 5 Wochen geg. fr. **Station, evtl. Taschengeld,** auf Landgut **gef. Stresemann,** Tauentzienstraße 12a. 10—11, 4—5.

Der Urheber dieses fürstlichen Angebots ist kein anderer als der Führer der Deutschen Volkspartei. Für freie Station und ein „eventuelles" Taschengeld würde Herr Stresemann nicht mal ein Dienstmädchen erhalten. Aber er, der dank seiner uneigennützigen Tätigkeit fürs öffentliche Wohl eine Wohnung in der Tauentzienstraße und ein Landgut sein eigen nennt, bietet so etwas einer Lehrerin mit akademischer Bildung an. Dafür ist die Deutsche Volkspartei auch die „Partei der Gebildeten"! Herr Stresemann aber wird weiter mit Emphase verkünden, daß die Sozialdemokratie kein Verständnis für den Wert geistiger Arbeit habe und nur die Revolution schuld daran sei, daß es den Geistesarbeitern so schlecht gehe . . .

„Deutschlands Zukunft."

Gestern abend veranstaltete die Jungsozialistische Vereinigung S. P. D. Groß-Berlin im Lehrervereinshause eine starkbesuchte Kundgebung mit dem Thema „Deutschlands Zukunft", die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Aufgaben der Jugend. Als erster Redner führte Hermann Müller über die politischen Aufgaben der Jugend u. a. aus: Die Jugend von heute hat für die sozialistische Bewegung eine ganz besondere Bedeutung, weil sie schon mit 20 Jahren das Wahlrecht ausüben darf. Deshalb ist mehr als sonst

Schulung nötig,

denn die Jugend neige stets dem Radikalismus, rechts wie links, zu. Für den Parteitag wird diese Frage eine wichtige Aufgabe bilden. Nur mit Hilfe der Jugend ist der Wiederaufbau Europas möglich. Wenn jemals wieder die deutsche Jugend in einen Krieg gehetzt werden soll, so soll hier festgestellt werden, daß die Jugend imstande sein wird, diesen Krieg unter allen Umständen zu verhindern. Der alte Militärstaat gehört der Vergangenheit an. Wir müssen jetzt uns Führer heranziehen, die erstens wissen, was sie wollen, und die zweitens auch Verantwortungsgefühl haben. Nur so kann die Jugend ihre Aufgaben vollbringen.

Als nächster Redner sprach Rudolf Wissell über die

wirtschaftlichen Aufgaben der Jugend.

Klare Erkenntnis der Lage, wie sie sich aus dem verlorenen Krieg in ihrer ganzen Furchtbarkeit ergibt, tut not. Unsere Bevölkerungsdichte ist verhältnismäßig größer geworden, der Bodenertrag wegen der verlorenen Ueberschußgebiete geringer; dazu die neuen unerhörten Lasten dem Auslande gegenüber. Jeder Wirtschafter denkt dabei heut nur an sich. Milliarden deutschen Geldes gehen noch immer ins Ausland für nicht lebensnotwendige Waren. Das allgemeine Interesse wird unberücksichtigt gelassen. Ungeheuer wird daher das Drängen nach neuen Formen der Wirtschaft. Die Jugend soll dieses Neue vollenden und fortsetzen.

Als dritte Rednerin sprach Frau Bohm-Schuch. Um die Ziele, die die Vorredner gesteckt haben, zu erreichen, ist Erziehung der Jugend nötig, die durch die öffentliche Gesetzgebung zu erreichen ist. Vor allem aber ist Selbsterziehung notwendig. Man muß auch eine andere Meinung als die eigene vertragen können; man muß die Achtung vor dem Leben des anderen in sich verankern, d. h. die unbedingte Ablehnung eines jeden Krieges. Selbsterziehung führt zur Kameradschaft, die besonders noch der weiblichen Jugend mangelt, sie führt zur Kameradschaft beider Geschlechter, aus der eine neue Menschheit erwachsen wird. Nicht unterordnen soll sich die Jugend, sondern einordnen in den Gang der Dinge. Das

Verantwortlichkeitsgefühl gegen die Allgemeinheit

muß in der Jugend großgezogen werden; besonders aber auch in den Lehrern, die ein solches zum großen Teil heute noch nicht besitzen. Nur durch aktive Mitarbeit am politischen Leben ist es möglich, eine neue Kultur zu schaffen, aber „der sittliche Wille gestaltet das Leben; auf euern Schultern traget ihr die Welt, ihr seid die Kraft".

Die Ausführungen der drei Redner wurden mit reichem Beifall gelohnt. Nach ruhig verlaufener Diskussion wurde die Versammlung geschlossen.

Es geht auch so!

Breslau, 17. September. (WTB.) **Das französische Konsulat wird in den nächsten Tagen seine Tätigkeit wieder aufnehmen. Der vereinbarte militärische Akt vor dem Konsulat ist heute ohne Störung bei ausgezeichneter Haltung der Truppe vor sich gegangen.**

Oberschlesier auf die Wartburg!

Eisenach, 17. September. (WTB.) **Die Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier von Groß-Thüringen haben angesichts der Vergewaltigung Oberschlesiens und mit Rücksicht auf das Bestreben der Polen, die im Reiche wohnenden gebürtigen Oberschlesier von der Abstimmung fernzuhalten, beschlossen, alle gebürtigen Oberschlesier und alle mitfühlenden Kreise zu einer Kundgebung auf dem historischen Boden der Wartburg aufzurufen. Die Veranstaltungen beginnen am Sonnabend, den 25. September, abends 8 Uhr, der Festakt auf der Wartburg findet am Sonntag, den 26. September, 3 Uhr nachmittags, im Sängersaale statt. Hohe künstlerische Darbietungen, Führungen usw. sind vorgesehen. Auf die Beteiligung weiter Kreise wird gerechnet. Anmeldungen zur Teilnahme nimmt Herr Clemens, Eisenach, Kapellenstraße 18, bis zum 20. September entgegen.**

Gegen Korfanty.

Der Bund der Angestellten des polnischen Abstimmungskommissariats erhebt in einem öffentlichen Aufruf, den man zuerst zu unterdrücken versucht hatte, die deutbar schwersten Vorwürfe gegen die ganze Korfanty-Clique, die die Oberschlesier in blutigen Aufstand gestürzt und sie dauernd verruchten wolle. Der Aufruf fordert, daß nur Oberschlesier das Land verwalten und die Abstimmung leiten sollen. Er wünscht paritätische Prüfung der Verhältnisse — ganz wie wir — und betont das gute Polentum der Unterzeichner.

Tschechoslowakische Parteikrise.

Nach einer Drahtmeldung hat die Reichskonferenz der Tschechischen Sozialdemokratie das Ausscheiden der Kommunisten aus der Partei gefordert.

Eine Reichenberger Kreiskonferenz gestaltete sich zu einem Vorparteitag der Linken in der Deutschen Sozialdemokratie; auch die tschechische Linke war vertreten. Genosse Cermak-Teplitz vom Parteivorstand beklagte vergebens die schon sehr weit getriebene Entfremdung innerhalb der Partei, es gab Redner, die geradezu die Spaltung forderten. Schließlich wurde folgende Pression auf dem Karlsbader Parteitag beschlossen:

Nach den beiden Parteitagen der deutschen und tschechischen Sozialdemokratie in der tschecho-slowakischen Republik werden die linksstehenden Abgeordneten beider Nationen zusammenkommen und diesbezügliche Entschlüsse fassen. Die Kreisleitung Reichenberg wird beauftragt, für den Fall der Ablehnung des Aktionsprogramms nach den beiden Parteitagen in Verbindung mit den Abgeordneten der tschechischen Linken eine Delegation nach Rußland zu entsenden, um dem Bureau der Dritten Internationale das Resultat des Parteitages mitzuteilen und im Einvernehmen mit dem Bureau der Dritten Internationale die notwendigen Beschlüsse über die weitere Taktik zu fassen.

Es wird sich zeigen, ob die Gegner des bolschewistischen Köhlerglaubens, der die gewaltsame Reaktion unweigerlich heraufbeschwört, sich durch diese Spaltungsdrohung zwingen lassen werden.

Mandatsniederlegung Hoffmanns (Kaiserslautern). Der sozialdemokratische Abgeordnete Hoffmann (Pfalz), der frühere bayerische Ministerpräsident, legte sein Landtagsmandat nieder.

Der Orgesch-Schnorrer. Vorn herausgeschmissen, kommt er hinten rein. Als „Einwohnerwehr" aufgelöst, organisiert sich Orgesch unter dem Namen „Heimatschutz". So berichtet das Orgesch-Organ, die „T. U." freudestrahlend aus Braunschweig. Wie lange will man sich diesen Unfug nun eigentlich noch ansehen?

Gewerkschaftsbewegung

Das bolschewistische Ideal.

Die Berliner Gewerkschaftskommission und die Rätezentrale in der Münzstraße hatten zu gestern abend nach der „Neuen Welt" eine öffentliche Versammlung einberufen, in der einige der in Berlin weilenden Mitglieder der russischen Gewerkschaftsdelegation einen Ueberblick über die Tätigkeit der russischen Gewerkschaften geben sollten. Die stark besuchte Versammlung hatte ein vorwiegend kommunistisches Gepräge. Für die Stimmung in den Kreisen der „radikalen" Berliner Arbeiter war es charakteristisch, daß die Verkäufer der kommunistischen Literatur aller Schattierungen vor Eröffnung der Versammlung das Feld beherrschten. Einer von ihnen pries sein Papier mit Stenorstimme an: „Die bolschewistische Weltrevolution. Wilhelm Dittmann als Schweinetreiber Galiffets." Und das ließen sich die Anwesenden etwa eine halbe Stunde lang bieten, ohne daß ein Unabhängiger den Mut gehabt hätte, gegen solche Schmähungen seiner Partei ein Wort zu sagen.

Von der russischen Delegation sprach zunächst in russischer Sprache der Vertreter des Metallarbeiterverbandes Antolowitsch, der die Grüße der russischen Gewerkschaften übermittelte. Das eigentliche Thema des Abends behandelte das Mitglied des Präsidiums der russischen Gewerkschaftsräte Losowsky. Auch er war der deutschen Sprache so wenig mächtig, daß er seine Rede, die einen Aufguß der bereits bekannten Richtlinien der Dritten Internationale über die Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung darstellte, in mangelhaftem Deutsch ablas. Ganz im Sinne der Richtlinien wandte er sich scharf gegen die vermeintliche gelbe Gewerkschaftsinternationale in Amsterdam, wie überhaupt gegen die Tätigkeit der nichtrussischen Gewerkschaften und ihrer Führer. Ein Geständnis verdient festgehalten zu werden, indem er sagte: „Wir verstehen, daß unsere Arbeit für Deutschland nicht als Vorbild angesehen werden kann." Das werden die deutschen Arbeiter um so lieber glauben, als er am Schlusse seiner Ausführungen angesichts der Dittmannschen Anklagen nicht umhin konnte, auch über die Lage der russischen Arbeiterschaft unter der glorreichen Sowjetregierung einige kurze Sätze zu sagen. Auch er mußte zugeben, daß die Lage der Arbeiter sehr schlecht ist, betonte aber, daß der Glaube an den Sieg des Kommunismus die Arbeiterschaft aufrechterhalte.

Ein Bild davon, wie trostlos die Verhältnisse in der russischen Industrie sein müssen, geht aus einer Zahl hervor, die der Redner über die Bevölkerung Petersburgs gab. Diese Stadt, einige der wenigen Industriezentren des europäischen Rußlands, hatte früher eine Bevölkerung von etwa 2½ Millionen Einwohner. Heute werden in Petersburg 100 000 Einwohner gezählt.

Dank der „trefflichen" Leitung des Vertreters der Rätezentrale Neumann wurde die Versammlung, die dem russischen Redner lebhaften Beifall zollte, sehr bald recht stürmisch und tumultuarisch. Neumann würgte aus eigener Machtvollkommenheit zunächst eine Diskussion ab, erlaubte aber gnädig, daß Fragen an die russische Delegation gestellt werden dürften. Das war natürlich Wasser auf die Mühlen der K. P. D.- und K. A. P. D.-Leute. Nach lebhaftem Toben über die verweigerte Diskussion stellte einer die Frage, was die russische Delegation dazu sage, daß in Wittenau noch 1200 Mann Waffen herstellen, mit denen die russischen Brüder bekriegt werden sollen. Ein anderer wollte von der russischen Delegation wissen, was sie dazu sage, daß die unabhängige Partei eine vom Arbeitslosenrat beantragte Demonstration wegen Verweigerung der Einreiseerlaubnis für die russische Delegation sabotiert habe. All diese Dinge wurden mit Johlen und Rufen wie „Schiebung" und dergleichen begleitet. Nicht ganz mit Unrecht meinte in einer Geschäftsordnungsdebatte der Kommunist Walcher, daß die Verweigerung einer Diskussion, die übrigens auch von den russischen Vertretern verurteilt wurde, Wasser auf die Mühlen der Gewerkschaftsführer und der „Leute um den „Vorwärts" sei. Schließlich wurde ein Antrag angenommen, der je einem Vertreter der verschiedenen Parteien das Wort gab. Damit wurde erreicht, daß die einzelnen Redner, die wahrscheinlich keinerlei offiziellen Auftrag hatten, nach besten Kräften über die Unfähigkeit der anderen Parteien herfielen.

Ueber die Referate und die Diskussion werden wir in den nächsten Nummern noch berichten. Jedenfalls hat der Verlauf der ganzen Veranstaltung der russischen Delegation nur ein Zerrbild vom Wesen und Inhalt der deutschen Arbeiterbewegung geben können.

Denn glücklicherweise sind die Versammelten in der „Neuen Welt" nicht die deutsche Arbeiterschaft.

Streikschluß in Hamburg.

Am Freitag hat eine große Anzahl Arbeiter, darunter auch Linksradikale, die Arbeit wieder aufgenommen. Infolge des Hamburger Hafenarbeiterstreiks haben mehrere für Hamburg bestimmte Dampfer andere Häfen aufgesucht.

Lohnbewegung der Apothekenarbeiter.

Am Mittwoch, 16. September, fand vor dem Schlichtungsausschuß Groß-Berlin eine Verhandlung statt. Nach dreistündiger Beratung wurde ein Schiedsspruch gefällt. Danach erhalten die Jugendlichen einen Lohnaufschlag von 25 Proz., die weiblichen Arbeiter 125 bis 145 M. pro Woche, die männlichen Arbeiter 200 M. pro Woche. Ueber alles weitere wird in der Versammlung, die am Mittwoch, 22. September, 7½ Uhr, in Wilkes Festsälen, Sebastianstr. 39, stattfindet, Bericht erstattet werden, auch ist über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches Beschluß zu fassen.

Die Heimarbeiterinnen der Firma Richard Wittig, Chausseestraße 81, die den durch den Zwischenmeister Zichert vorgelegten Revers nicht unterschrieben haben, werden ersucht, sich am Montag, den 20. September 1920, vormittags 10 Uhr, im Bureau des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter, Engelufer 15, 2 Tr., Zimmer 39/40, einzufinden und ihre Arbeitsbücher mitzubringen.

Deutscher Portierverband (Sektion VII des Deutschen Transportarbeiterverbandes). Morgen Sonntag, den 19. September, vormittags 9½ Uhr: Große Demonstration aller Groß-Berliner Portiers, Fahrstuhlführer, Heizer, Wächter und Hausreinigerinnen. Gesamtsammelpunkt: Wittenbergplatz.

Zentralverband der Böttcher, Weinküfer und Hilfsarbeiter. Montag, den 20. September, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal I, Engelufer 15: Mitgliederversammlung.

Buchbinderverband. Achtung! Montag, den 20. d., punkt 5 Uhr, in Graumanns Festsälen, Naunynstr. 27, Betriebsräteversammlung. Tagesordnung: 1. Wahl des Delegierten zum Betriebsrätekongreß. 2. Stellungnahme zur Arbeiterordnung. 3. Verschiedenes. Eintritt haben alle mit Ausweis versehenen ordentlichen Betriebsratsmitglieder, welche im Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter organisiert sind. — Mittwoch, den 22. d., nachm. 5 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engelufer 15, Vierteljahrsgeneralversammlung. Tagesordnung: 1. Quartalsbericht. 2. Bericht über die Angestelltenwahlen. 3. Bericht der Anstellungsprüfungskommission über Neuwahlen. 4. Verschiedenes. In dieser Versammlung haben nur die gewählten Delegierten Zutritt. Vollzähligen Besuch beider Versammlungen erwartet Die Ortsverwaltung.

Wirtschaft

Billiges Bier und Konsumrückgang.

Die Fragen, ist das Bier Genuß- oder Nährmittel, ist es entbehrlich oder als Anregungsmittel unentbehrlich, ist ein Konsumrückgang unter Berücksichtigung unserer wirtschaftlichen Notlage wünschenswert oder nicht, sind heiß umstritten. Es stehen hier wirtschaftliche Interessen eines umfangreichen Gewerbes der Brauer und Gastwirte im Vordergrund. Der hohe Bierpreis und die schlechte Qualität hatten einen starken Konsumrückgang zur Folge. Daraufhin wurde nun der Bierpreis verbilligt und die Qualität erheblich verbessert. Nichtsdestoweniger sind die Brauereiarbeiter von Betriebseinschränkungen bedroht, weil der Konsum sich nicht heben will. Die Brauereien liefern heute das stärker eingebraute Bier zum Preise von 1,30 M. das Liter, d. h. 65 Pfennig das halbe Liter. Hierzu kommen die Aufschläge der Gastwirte für den Ausschank. Während der Konsum von Schnaps höchst unerwünschterweise wieder stark zunimmt, geht der Bierkonsum zurück. Das liegt nicht im Interesse der Erhaltung der Volksgesundheit.

Es ist nun festzustellen, daß die gleiche Erscheinung, die überall im Kleinhandel sich offenbart, auch im Gastwirtsgewerbe zutage tritt, nämlich der zu kleine Umsatz für das einzelne Geschäft. Der Grundsatz: Großer Umsatz, kleiner Nutzen, also billige Verkaufspreise, kann im Gastwirtsgewerbe nicht mehr zur Geltung kommen. Die Folge ist, daß jeder Besuch der Gastwirtschaft einen schweren Eingriff in den Geldbeutel der Konsumenten bedeutet und viele, die gern ein Glas Bier oder einen kleinen Imbis zu sich nehmen wollen, davon Abstand nehmen müssen. Diese Teuerung hat aber auch eine weitergreifende Bedeutung, weil viele Arbeiter und Angestellte infolge der Eigenart ihrer Beschäftigung auf die Gastwirtschaft angewiesen sind und deshalb Löhne fordern müssen, deren Höhe wiederum die Bezahlung von wichtigen Dienstleistungen außerordentlich verteuert. Eine preiswerte Verpflegung in den Gastwirtschaften ist für die Bildung des Lohnniveaus vieler Berufe von so einschneidender Bedeutung, daß das Gastwirtsgewerbe alles daransetzen sollte, eine Verbilligung der Preise zu erreichen.

Trotz der starken Konzentration im Braugewerbe stehen heute die restlichen Großbrauereien im allerschärfsten Konkurrenzkampf, nicht um Preis und Qualität, darüber hat man sich wohl verständigt, aber im Kundenfang.

Hierin liegt wohl hauptsächlich die Hemmung für eine Gesundung der Verhältnisse im Gastwirtsgewerbe, in dem zweifellos eine Ueberfüllung besteht. Entweder waren es die Brauereien oder die Hauswirte, die zur Eröffnung immer neuer Wirtschaften Geld vorgeschossen haben. Das Hauptgeschäft der Brauereien war die Finanzierung von Wirtschaften geworden. Da bei der wachsenden allgemeinen Teuerung die arbeitenden Klassen an einer preiswerten Gasthausverpflegung ein ganz außerordentliches Interesse haben, könnte eine Ordnung, und die muß von außen kommen, durch eine Produktionsgemeinschaft aller Brauereien als Sozialtrust unter kommunaler Kontrolle am ehesten durchgeführt werden. Wer die Bierbelieferung in der Hand hat, kann allein die gesamten Gastwirtsverhältnisse zum Besten der Berufsangehörigen und zum Besten der arbeitenden Bevölkerung ordnen. Zurzeit wird leider von einzelnen Gastwirten so gewuchert, daß das Ansehen des Standes schwer leidet. Ein gut geleitetes, sauberes und freundliches Gasthaus soll aber wohl ein Ort sein, in dem die proletarische Kulturarbeit eine Heimstätte finden kann. Das Prinzip der Wirtschaftlichkeit muß aber in diesem wichtigen Gewerbe zur Durchführung gelangen.

Zur Ueberwindung der Wirtschaftskrisis.

Die Mitteilungen des „Reichsbundes Deutscher Technik" bringen einen Beitrag des Dipl.-Ing. Strauß, dem wir den folgenden Schlußteil entnehmen:

Solange die Preise stiegen, hat der Unternehmer bei jedem Zugang teueren Rohmaterials den Gesamtwert seines Rohstofflagers für die Kalkulation mit dem neuen höheren Preise eingesetzt. Er hat hierbei doppelt und dreifach verdient, denn zunächst war das billiger eingekaufte Rohstofflager plötzlich höher bewertet, ferner aber wurde der Gewinnzuschlag prozentual diesem höheren Wert eingesetzt. Als die Preise fielen, hielt umgekehrt der Unternehmer ängstlich daran fest, die Rohstoffe mit ihrem wirklichen Einkaufswert, der aus einer Zeit höherer Bewertung stammte, seiner Berechnung zugrunde zu legen. Er verhinderte auf diese Art den Preisabbau, der gemäß dem wirklichen Wert unbedingt in erheblich stärkerem Maße hätte eintreten müssen, als geschehen. Die Folge war, daß die Preisbildung der Fabriken der Preisbildung auf dem offenen Markt nachhinkt. Ein jeder weiß, daß Waren aller Art heute im offenen Markte erheblich billiger zu erhalten sind als beim Fabrikanten. Daher auch das Bestreben vieler, sich der Abnahmeverpflichtung des Abschlusses bei Fabriken zu entziehen. Dieses Bestreben ist natürlich nicht zu billigen, wohl aber ist es zu billigen, wenn der Abnehmer, der zu freibleibenden Preisen gekauft hat, nun auch den Nachweis verlangt, daß der jetzt ihm abgeforderte Preis den — auf Grund der heutigen Marktlage ermittelten — Selbstkosten entspricht und nicht für den Fabrikanten einen noch größeren Gewinn abwirft als der bei Vertragsabschluß gültige Preis.

Die Folge dieser Politik ist weiter, daß niemand mehr von den Fabrikanten Ware beziehen will, daß infolgedessen die Läger sich immer mehr füllen, daß schließlich zu Notverkäufen geschritten werden muß, die ihrerseits wieder ein Moment der Unruhe in den Markt bringen. Wenn beispielsweise auf der Leipziger Technischen Messe eine normale Messingfassung zum Preise von 8 Mark bis herunter zu 2,20 Mark angeboten wurde, so liegt in dieser Unsicherheit der Marktlage die Schwierigkeit der gegenwärtigen Situation klar zutage. Auf der einen Seite derjenige, der auf Grund teuren Einkaufs die Preise hochzuhalten sucht, auf der anderen Seite derjenige, der um jeden Preis Geld braucht und deshalb seine Ware verschleudert, in der Mitte derjenige, der auf Grund der heutigen Marktlage vernünftig kalkuliert.

Nur wenn der deutsche Unternehmer sich entschließt, seine Läger, handele es sich um Rohstoffe, um Halb- oder Fertigfabrikate, mit dem gegenwärtigen Wert in seine Berechnungen einzusetzen, kann es gelingen, die Krisis zu überwinden.

Der Reichswirtschaftsrat zur Spirituspolitik der Regierung. Der Ausschuß hatte beschlossen, daß Kartoffeln im Betrage von 60 Proz. des Brennrechtes verwendet werden dürften und daß die Maisbrennerei gefördert werden soll. Die Reichsregierung hat aber in ihrer Verordnung vom 7. September die Kartoffelverwendung auf ein Drittel des Brennrechts beschränkt und die Maisbrennereien vollkommen übergangen. Die Branntweinmonopolverwaltungen werden infolgedessen nicht genügend Spiritus haben und vom Ausland zukaufen müssen. Außerdem gehen der Landwirtschaft durch die Unterlassung der Maisbrennerei Futtermittel verloren. Nach einer Bekanntmachung des Reichsmonopolamts für Branntwein beträgt der Branntwein-Grundpreis gemäß § 92 des Gesetzes über das Branntweinmonopol 600 Mark für 100 Liter Weingeist, der Zuschlag zum Branntweingrundpreis wird für Branntwein, der innerhalb des Brennrechts lediglich aus Mais hergestellt ist, oder den der Verein der Kornbrennereibesitzer und der Preßhefefabrikanten Deutschlands von der Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte zum Preise von 170 Mark für den Zentner übernommen und den Brennereien zur Verarbeitung überwiesen hat, auf 975 Mark für 100 Liter Weingeist festgesetzt.

Wirtschaftsbund für Oele und Fette. Nach der „Frankf. Zeitung" beabsichtigt das Reichsernährungsministerium vollständig freie Wirtschaft für Oel und Fett einzuführen. Demgegenüber fordert die deutsche Industrie eine Planwirtschaft und will zu diesem Zweck einen Wirtschaftsbund der Oel- und Fettindustrie gründen. Dieser Wirtschaftsbund soll vom Reich die rund 200 000 Tonnen betragenden Oel- und Fettbestände, deren Selbstkosten sich auf über 4¼ **Milliarden Mark** und deren heutiger Weltmarktpreis sich auf 3¾ Milliarden Mark beläuft, einschließlich der noch vorzunehmenden Ergänzungskäufe übernehmen. Dabei soll der Nettoerlös aber nicht gleich dem Reich abgeliefert werden, sondern dem Wirtschaftsbund verbleiben zur Finanzierung seiner weiteren Ankäufe, wobei der Wirtschaftsbund sich verpflichtet, zur Sicherstellung ausreichend großer Mengen Rohstoffe seinen Bestand auf mindestens 150 000 Tonnen zu halten.

Maschinenfabrik Oberschöneweide A.-G. Die Gesellschaft, deren Aktienmehrheit im April in andere Hände übergegangen ist, beruft eine außerordentliche Generalversammlung ein, die u. a. über die Abänderung der Firma, eine Neuregelung der Entschädigung der Aufsichtsratsmitglieder beschließen soll. Ferner wird der Verkauf der durch Umzug freiwerdenden Grundstücke und Gebäude sowie die Genehmigung von Fabrikations- und Lieferungsverträgen beantragt.

Unterwertigkeit des holländischen Gulden gegenüber Dollar und Peso. Die Staatskommission für die Teuerung in Holland weist auf das hohe Agio (Aufgeld) hin, das zurzeit für amerikanische Dollars und argentinische Pesos in Holland zu zahlen ist, zurzeit ungefähr 25 Proz. für den Dollar und für den Peso sogar noch mehr. Diese Entwertung des niederländischen Zahlmittels müßte, wenn sie in derselben Weise fortgehe, unweigerlich auf das Preisniveau in Holland einen bedenklichen Einfluß ausüben. Für Brotgetreide und Viehfutter von Uebersee bedeutet das einen Preisaufschlag in voller Höhe des Disagios. Jede Zufuhr amerikanischer Kohle zu dem Preissatze des gestiegenen Dollars würde auf Grund der mit Deutschland geschlossenen Uebereinkunft automatisch seinen Einfluß auf den Preis der deutschen Steinkohle geltend machen.

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Peiser, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.
Hierzu 1 Beilage.

Freitag, 24. Sept., 10 Uhr vorm.: Versteigerung v. 40-50 Pferden, Maultieren, auschl. gut. Material aus vollem Betriebe, wegen groß. Betriebseinschränkung. Außerdem Landauer und Break.
Allgem. Berliner Omnibus-A.-G. Berlin N., Wattstr. 22-24

Oberlandesgerichtsrat
außerd. sachgemäße Rechtsberatung, Abwicklung schwierigster Fälle. Ehe-, Alimenten-, Vertrauensachen, Ermittelungen. Potsdamer Str. 115, Lützow 2494. Direktor Fabisch.

Nutzeisen jeder Art:
Rund-, Flach-, Quadrat- u. Bandeisen, Gas-Siede-Rohre, T-Träger u. U-Eisen, Feldschmieden und Ambosse
sofort ab Lager lieferbar
Felix Kohls, Berlin C. 25. Dircksenstr. 12,
Moritzplatz 12072. Ecke Voltairestraße. Moritzplatz 12073.

Apfel-Torte schmeckt famos mit
Oetker's
Milch-Eiweiß-Pulver
mit Klebzusatz
Nahrhaft u. gebrauchsfertig wie
2-3 Eiweiß
für Pfannkuchen, Klöße, Kuchen, Torten.
Man verlange Rezeptbuch 6 von der Backpulverfabrik Oetker G. m. b. H. Bielefeld.

Rein-Aluminium-Waren.
Achtung! Billig!
1 Satz = 5 Stück unverdierte schwere Schmortöpfe, 18, 20, 22, 24, 26 cm, 175 M., 1 Schöpflöffel 6,50 M., 1 Schaumlöffel 6 M., einschließlich Verpackung, und sämtliche Aluminium-Haushaltungsgegenstände. Versand erfolgt per Nachnahme.
HEINRICH BERNDES
Abtl. Aluminium-Versand.
Neheim a. d. Ruhr.

Zinn b. 40.-, Blei b. 4.-
Bierschlangen bis 35.-, sämtl. Altmetalle höchstzahl. Händler Extra-Preise!
Zinnschmelze Prinzessinnenstraße 17 (Moritzplatz n. Werth.).

Armeepistolen
und Jagdwaffen kaufen
F. W. Vandrey & Co., Gewehrfbr. Berlin SW 61, Lindenstr. 90.

Kreuzfüchse 300 M.
Alaska-, Blau-, Zobel-, Silber- und Weißfüchse, Damen-Pelzmäntel, Herren-Geh- u. Sportpelze bis zur Hälfte der Preise herabgesetzt. Ferner Cutaways, Paletots, Ulster, früher bis 1200 M., jetzt 350 bis 450 M. Große Post. Hosen, Stück 60 M. (Keine Lombardwaren.)
Leihhaus Moritzplatz 58a (Größtes Spezialhaus dieser Art.)